

# Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Dienstag, den 18. September 1917.

24. Jahrg.

## Die innere Gefahr.

Von Eduard David.

Die Wühlarbeit der annexionistischen Kriegstreiber und innerpolitischen Reaktionen wird von Tag zu Tag intensiver und skrupelloser. Der Burgfriede ist für diese Herren längst abgetan. Die Kampfweise der ganz planmäßig vorgehenden alldeutschen, konservativen und schwerindustriellen Presse stellt alles in Schatten, was jemals früher an Verleumdung politischer Gegner und demagogischer Aufpeitschung der öffentlichen Meinung geleistet worden ist. Der Hauptzielpunkt dieser wüsten Angriffe ist die Reichstagsmehrheit. Sie wird als eine Bande unfähiger oder gewissenloser Kerle hingestellt, die durch ihre „Schmachtfriedensresolution“ das Recht vermisst haben, sich noch länger als Vertreter des deutschen Volkes aufzuspielen.

Es gibt Leute, die meinen, dieses tolle Treiben bringe sich um die eigene Wirkung. Gewiß kann es auf verständlich denkende und anständig empfindende Menschen nur abstoßend wirken. Allein es wäre verhängnisvoll, wenn sich diejenigen, denen die Erhaltung der inneren Widerstandskraft unseres Volkes am Herzen liegt, mit diesem Gedanken beruhigen wollten. Die Zahl derer, die nicht selber nachdenken, die sich in ihrem Urteil durch lautes Geschrei beeinflussen lassen, ist zu groß, als daß eine solche mit sehr großen Mitteln betriebene Agitation, die tagtäglich, Wochen und Monate hindurch dieselben verlogenen und aufpeitschenden Schlagworte in die Öffentlichkeit schleudert, nicht die verhängnisvollste Wirkung und Gegenwirkung haben müßte.

Die Reichstagsmehrheit und mit ihr alle Anhänger einer auf baldige Herbeiführung eines Verständigungsfriedens gerichteten Politik befinden sich in einer schwierigen Lage. So gut begründet die Sache ist, so sehen sie sich doch in der öffentlichen Darlegung dieser Gründe gehemmt. Was sie in vertraulicher Erörterung an Material und logisch zwingenden Gründen anführen können, um die alldeutschen Kraftsprüche als hohle Redensarten und gewisse tödlichere Voraussetzungen als trügerische Illusionen nachzuweisen, kann vor der Öffentlichkeit nicht oder doch nicht mit der nötigen Deutlichkeit ausgesprochen werden. Und ebenso wenig ist eine nüchterne, streng wahrheitsgemäße Darlegung innerer Verhältnisse bei uns und anderwärts möglich.

Angesichts dessen ist es eine geradezu perfide Unterstellung, den Mehrheitsvertretern im Hauptausschuß des Reichstages vorzuwerfen, sie vertrauten sich mit ihren Gründen nicht vor die Öffentlichkeit. Das Gefühl der Schwäche sei der Grund, weshalb sie es vorzögen, hinter geschlossenen Türen zu verhandeln. Es entspricht wahrhaftig nicht der Neigung der hier in Betracht kommenden Parlamentarier, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu wirken. Nur unter dem harten Zwang der Kriegszeit fügt man sich in das Unvermeidliche. Sollen diese Verhandlungen sich nicht an der Oberfläche der Dinge bewegen, sollen sie eine wirklich ernsthafte Prüfung der Lage, eine rückhaltlose Erörterung der Entwicklungen und eine klare Herausstellung notwendiger Vorbeugungen sein, so heißt das Interesse des Landes in vielen Fällen gebieterisch Geheimhaltung. Freilich ist des öfteren über das Maß des Notwendigen beim Ausschluß der Öffentlichkeit hinausgegangen worden. Aber daran sind nicht die Abgeordneten, sondern die Vertreter der Regierung schuld, die den Gang haben, möglichst alles „vertraulich“ zu behandeln.

In den Verhandlungen des Hauptausschusses haben die annexionistischen Illusions- und Gewaltpolitiker kläglich abgeschrieben. Sie sind dort sehr kleinlaut geworden. Keiner wollte sich verantwortlich gemacht sehen für die Großsprecherereien und kühnen Verheißungen der alldeutschen Presse und Flugblätterliteratur.

Betrachten wir die Sache nur vom Standpunkt parteipolitischen Denkens, wahrhaftig, lieber heute als morgen möchten wir die gründliche Abrechnung mit den annexionistischen Phantasiereien vor aller Öffentlichkeit wiederholen. Niemand empfindet es schmerzlicher als wir, daß es uns zurzeit unmöglich ist, ihnen das nötige Scheidewasser der Wahrheit in den Wein zu gießen, an dem sich die annexionistischen Schreiber bis zur Einbuße des letzten Restes von gesundem Verstand herausgelenken.

Ganz sicher scheinen die alldeutschen Propheten und Gewaltphantasten allerdings dessen nicht zu sein, daß ihre Artikel und Reden die genügende Durchschlagkraft bei der Bevölkerung haben. Sie verlangen immer stürmischer, die Regierung soll ihnen helfen, das deutsche Volk zum alldeutschen Wahnsinn zu beföhren. Die ihnen zuteil werdenden Förderungen durch gewisse Stellen genügen ihnen nicht, sie fordern die Reichsleitung auf, den ganzen amtlichen Apparat in den Dienst der „Aufklärung“ gegen die Propaganda des „Verzichtsriedens“ zu stellen. Diese Forderung können die regierenden Männer freilich unmöglich erfüllen. Die Öffentlichkeit im Sinne der alldeutschen Illusionen aufzuheben, hieße nichts anderes als unser Volk größtenteils belügen. Das können sich die wilden Männer in der alldeutschen Presse leisten. Verantwortliche Staatsmänner aber dürfen das doch nicht wagen.

Dessenungeachtet glauben die alldeutschen Unterminister der inneren Einheit dem neuen Reichsanalag sogar die

Pflicht der Führerschaft bei ihrem verderblichen Treiben zuweisen zu dürfen. In der vor einigen Tagen von der Berliner Ortsgruppe des alldeutschen Verbandes unter Führung des Landtagsabgeordneten Bacmeister angenommenen Entschließung wird „die Bekämpfung der allzu stark gewordenen inneren Feinde, wer immer sie sein mögen,“ als Gebot der Stunde verkündet. Dann heißt es in diesem unglaublichen Dokument fanatischer Verblendung wörtlich weiter:

„Wir geloben, Eurer Erzeilung als die getreuesten Helfer und Schrittmacher in diesem gewiß heißen Kampfe gegen Unverstand, Niedertracht und Berrat zur Seite zu treten, sobald der Ruf zum Kampfe gegen den Umsturz, der schon allzu frech sein Haupt erhebt, ertönt. Aber wir sind der Meinung, daß der Kampf nur zu Sammlung und Angriff bald, jeher bald erfolgen muß, wenn nicht das ausgestreute Gift um sich fressen und die innere Wiedergeburt des deutschen Volkes gefährden soll. Es gibt mit diesen inneren Feinden so wenig einen „Verständigungsfrieden“ wie mit dem äußeren. Ein fester Griff mit eiserner Faust tut not. Aber der wird auch hier Wunder wirken!“

Die Verfasser sagen nicht, was sie mit dem „festen Griff mit eiserner Faust“ meinen. Wollen sie damit den Rat zum Staatsstreik, zur verfassungswidrigen Ausschaltung des Reichstages bei der Mitbestimmung der äußeren und inneren Politik geben? Dann sei ihnen gesagt, daß diejenigen, die in dieser Zeit den Rat zur Revolution von oben geben, ein verbrecherisches Spiel mit dem Schicksal des deutschen Reiches treiben. Nur ein Staatsmann, der nach dem Ruhm eines Herostates strebt, könnte ihn befolgen. Es ist schwer zu glauben, daß Leute mit normalem Hirn auf einen solchen Ratsschlag verfallen.

Soll aber mit jener Drohung die Reichsleitung nur zur Auflösung des Reichstages ermuntert werden, so ist's uns recht. So gewichtige Bedenken einem Wahlkampfe inmitten des Krieges entgegenstehen, besser offener Kampf und Klärung der Situation als die Fortdauer einer solchen gemeingefährlichen Wühlerei. Die Mehrheit des Parlaments könnte eine solche Volksabstimmung über den Verständigungsfrieden und die Neuorientierung nur begrüßen. Die gemeinsame Parole gegen annexionistische Kriegsverlängerer und innerpolitische Reaktionen schäfe eine klare Aufmarschlinie, und die alldeutsch-konservativ-reaktionäre Sippchaft würde die Götendämmerung erleben, die sie verdient.

So vielseitig die Namen der Zeitungen, Organisationen und Stammtischgruppen auch sind, die jetzt einen so bedauerlichen Lärm in der innerpolitischen Arena vollführen, es sind immer dieselben Leute. In der neuen Tirpitz-Kappischen Kriegspartei haben sie sich nun auch eine gemeinsame Rahmenorganisation geschaffen. Die Herren haben die Dreifügigkeit, sich „Deutsche Vaterlandspartei“ zu nennen. Wenn je ein Name zu Unrecht beansprucht wurde, so dieser. Nicht dem deutschen Vaterlande, sondern seinen Feinden dienen die Bestrebungen der Herrschaffen, die sich hier zusammenfinden.

In dreifacher Hinsicht besorgen sie die Geschäfte der Lloyd George, Poincaré usw. Erstens liefern sie ihnen unablässig das wertvollste Agitationsmaterial, um die Kriegsstimmung in den feindlichen Ländern hochzuhalten. Die alldeutschen Reden und Preßprodukte dienen drüber dazu, die Notwendigkeit der völligen Niederwerfung des „deutschen Raubstaates“ immer wieder aufs neue nachzuweisen und die Friedensströmungen niederzuhalten. Dieser einfache Sachverhalt kann den Alldeutschen nicht verborgen geblieben sein. Genau wie sie sich selbst jeder auf Niederkämpfung und Zerstückelung Deutschlands ausgehenden Neuherstellung feindlicher Politiker bedienen, um ihre eigene Lösung „Krieg bis zum äußersten“ zu begründen, so geschieht das umgekehrt drüber. Wenn heute fast die ganze Welt gegen Deutschland steht und auch in den neutralen Ländern die Stimmung für uns sehr zweifelhaft ist, so ist dies in erster Linie der alldeutschen Propaganda vor und während des Krieges zuzuschreiben.

Zum zweiten leisten die Männer der „Deutschen Tageszeitung“ und ihre Anhänger unseren Feinden die wertvollsten Hilfsdienste dadurch, daß sie ihren Schild halten über die agrarischen Lebensmittelpreiserer. Sie sind es, denen keine Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte hoch genug sind, und die sich einer durchgreifenden Organisation überlegen in den Weg gestellt haben. Auf ihr Konto fällt ein gerütteltes Maß Schuld daran, daß es um die Ernährung der städtischen Bevölkerung heute viel schlechter bestellt ist, als dies infolge der englischen Absperrung zu sein brauchte. Wenn Hunderttausende und Millionen heute jede Hoffnung auf Besserung dieser Verhältnisse verloren haben, wenn ihre durch Entbehrung geschwächten Nerven zu versagen drohen und sie sich düsterster Sorge hingeben, so trifft die Verantwortung mit die Vorkämpfer der agrarischen Interessen. Daß sie mit dieser Politik die Wirkungen der englischen Auslieferungspolitik außerordentlich verschärfen, liegt auf der Hand.

Zu dieser Schwächung der physischen Durchhaltekraft kommt die Schädigung des seelischen Willens zum Zusammenhalten in der Masse unseres Volkes. Das ist die dritte Hilfsarbeit, die die alldeutschen Reaktionen den feindlichen Staatsmännern leisten. Jeder fortschrittlichen Forderung auf sozialem und politischem Gebiet treten sie mit drohender Gedärde im Namen überkommener Privilegien entgegen. Mehr noch als der Verständigungsfrieden ist ihnen die Neuorientierung ein Schmel und Greuel. Dem deutschen Volke, das in diesem Kriege so Ungeheures geleistet, das draußen wie in der Heimat für die Erhaltung des Ganzen Leben, Gesundheit und wirtschaftliche Existenz opfert, muten sie zu, daß es auch weiterhin ohne entscheidenden Einfluß auf die Leitung seiner Geschichte bleiben und sich wie ein unmündiges Kind führen lassen solle. So verhindern sie das Aufkommen jeder großen vaterländischen Begeisterung für ein neues, schöneres und freieres Deutschland und säen statt dessen die Saat des Mißtrauens, der Verbitterung und des Hasses in die Herzen des arbeitenden Volkes.

Sinnesziehung des Krieges durch Aufpeitschung des Kriegswillens der feindlichen Mächte und zugleich Schwächung der physischen Durchhaltekraft und Erhöhung des Gemeinheitsgefühls im eigenen Lande — das ist das praktische Programm der neuen Partei mit dem verlogenen Namen. Ihren Kern bilden berufsmäßige, großagrarische und schwerindustrielle Kriegsinteressenten in innigem Verein mit den Vertretern feudaler und bürokratischer Machtprivilegien. Dahinter ein Schmel von naiven Gewaltideologen, gelehrten Ignoranten und anderen politischen Rindsköpfen. So verschiedener Stellung und Herkunft die Herrschaffen sein mögen, mit vereintem Bemühen liefern sie den Kriegstreibern drüber das nötige Agitationsmaterial für die Fortsetzung des Krieges „à outrance“. Einmütig sind sie bestrebt, die Furcht der feindlichen Völker vor dem deutschen Wermut wach zu halten und ihre Hoffnung auf die Ausschöpfung und die innere Selbstzerfleischung des Antiers zu beleben.

Und diese Hilfstruppe unserer Feinde hat die Stirn, das Patent besonderer vaterländischer Gesinnung für sich zu beanspruchen. Sie besitzt die Dreifügigkeit, jeden als „inneren Feind“ zu bezeichnen, der ihrem verderblichen Treiben in den Weg tritt. Sie bringt den moralischen Mut auf, sich den Leitern des Staates als Schutztruppe höchster nationaler Güter zu empfehlen. Das deutsche Volk müßte sein Antlitz vor Scham verhallen, wenn das deutsch sein sollte, was sich in dem Treiben der alldeutschen Maulhelden, Interessenpolitiker und Intriganten offenbart. Ihr Gebahren ist eine Schändung deutschen Wesens vor dem In- und Ausland. Es beweist, wie tief der Krieg Moral und Gewissen derer zerstört, deren politische Motive materielle Sonderinteressen und Machtvorrechte sind.

## Das Manifest des holländisch-schwedischen Komitees.

Das Manifest des Komitees der Stockholmer Konferenz erklärt zunächst die Situation, wie sie sich nach der Rückkehr der russischen Delegierten aus den Ländern der westlichen Entente darstellt; es beginnt wörtlich:

„Das Komitee erklärt zunächst auf das entschiedenste, daß der Plan, nach Stockholm eine internationale Sozialisten- und Arbeiterkonferenz einzuberufen, nicht aufgegeben ist und nicht aufgegeben wird. Hätte die englische und französische Delegation ihre Pässe erhalten, so hätte die Konferenz am 9. September stattgefunden. Sie wird stattfinden, sobald die Passfrage geregelt ist und das Datum wird dann unverzüglich festgesetzt werden.“

Das Manifest weist auf die von den russischen Delegierten in England, Frankreich und Italien wahrgenommene Anhänglichkeit der Arbeiterklasse an die Idee von Stockholm hin und auf die in allen Schichten wachsende Bewegung für eine gemeinsame Aktion zugunsten eines gerechten, dauernden Friedens. Das Manifest fährt fort: „Eine brutale Passverweigerung, die der offenbare Reflex einer wachsenden Reaktion ist, kann das Proletariat nicht aufhalten. Darum appellieren wir an die Arbeiter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, sich nicht das elementare Recht eines freien Meinungsaustausches nehmen zu lassen.“

Die Kundgebung schildert weiter die gegnerischen Minderheiten. Die Gegner benutzten, um auf die Massen einzuwirken, sogar nicht existierende Dokumente. Überall mißbrauchte man das Post- und Telegraphenmonopol, um unsere Erklärungen zurückzuhalten und zu fälschen. Diese Minderheiten seien aber mißglückt und der Wille der Arbeiterklasse bleibe unerschütterlich. Die Londoner



Konferenz ergab eine riesenmehrheit für Stockholm. Ein Vergleich zwischen den Beschlüssen von Manchester, wo eine Dreiviertelmehrheit gegen Stockholm war, mit der Resolution von Blackpool, die das Stockholmer Prinzip sozusagen ohne Gegner anerkannte, berechtigt das Komitee, sich zu dieser Entwicklung zu beglückwünschen. Das Manifest verweist auf den engen Zusammenhang des Schicksals von Stockholm mit dem der russischen Revolution, wobei ein Seitenhieb auf die Unklugheit fällt, die durch ein bedauerliches Verhalten die Konterrevolution gestärkt hätten. Den russischen Genossen wird zugleich mit der Bewunderung ihrer Haltung der Wunsch ausgesprochen, sie mögen sich zur Verteidigung des revolutionären Rußlands einigen.

Das Manifest fährt fort: „Die Arbeiterklasse aller Länder wird sicherlich den Treibern der internationalen Reaktion Widerstand leisten, die schon den Bestrebungen der russischen Gegenrevolution Beifall klatscht. Wir sprechen zugleich die feste Hoffnung aus, daß die Sozialisten Deutschlands und Österreichs ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen und gegen jedes Projekt und jede Taktik protestieren werden, welche versuchen sollte, die Revolution zu untergraben und Deutschland zu Mitschuldigen der Gegenrevolution zu machen. Die Stockholm anhängenden Parteien werden angesichts dieser Ereignisse begreifen, daß es uns unmöglich ist, im Augenblick auf das Telegramm der französischen Sozialistenpartei, die uns völlige Handlungsfreiheit ließ, und auf den Brief der sozialdemokratischen Parteien Österreichs und Deutschlands, die auf der Festsetzung eines endgültigen Datums bestanden, prägnante Antwort zu geben. Das Komitee beschloß jedoch, seine Aktion ruhig und entschieden fortzusetzen. Es wird bald die gesammelten Denkschriften, die von den angeschlossenen Parteien eingereicht sind, nebst einem Generalbericht publizieren, der ein objektives Exposé der von allen Organisationen erhobenen Fragen sein wird. Endlich beschloß das Komitee, falls die betreffenden Organisationen es wünschen, zu einer neuen Alliierten-Konferenz sowie zu jeder anderen von den angeschlossenen Parteien organisierten Konferenz einige Mitglieder zur Berichterstattung abzuordnen. Stockholm, sagt das Manifest, ist nur eine Etappe auf dem Marsche des internationalen Sozialismus. Die zusammenfassende Aktion des Proletariats wird ihre volle Wirkung erst dann ausüben, wenn die Konferenz ihr Aktionsprogramm entworfen hat. Sie wird nicht mit der Einstellung der Feindseligkeiten enden; sie wird vielmehr dann erst am meisten die Ereignisse überwinden und ihre eigene Lebenskraft und Entschlossenheit beweisen müssen. Der Gedanke von Stockholm eröffnet eine neue Ära im Kampfe des Proletariats gegen den Imperialismus durch Wiederherstellung einer zu gemeinsamen Aktionen fähigen internationalen Arbeiterklasse. Er will, daß dieser Krieg der letzte sei, er will die Staaten demokratisieren, neue Konflikte und Wirtschaftskriege verhindern, er will vor allem durch Rechtsgarantien und Schiedsgerichte eine friedliche und zu Lande und Wasser entwaffnete Welt, ein Europa der Demokratie und der wahrhaften Freiheit aufrichten. Inmitten des entsetzlichen Hasses verzichtet die Arbeiterklasse nicht auf ihr Ideal der menschlichen Verbrüderung! Wenn Ihr wollt, Genossen, wird die Konferenz bald stattfinden. Dazu genügt, daß die Parteien sich ihrer großen Verantwortung bewußt werden. Für das ganze organisierte Proletariat bleibt es bei der Lösung: Auf nach Stockholm!

Das Manifest trägt die Unterschriften der Mitglieder des halländisch-japanischen Komitees und der russischen Delegierten sowie die von Hunsmans und Panin als Sekretären.

## Die Kriegslage.

Am 16. September war bei günstiger Witterung der Artilleriekampf auf der ganzen Westfront reger. Im Ypern-Bogen steigerte sich das Feuer mehrfach zum Trommelfeuer; ebenso war es an der Küste stark. Am 17. September, morgens 5.20 Uhr, löste plötzlich von Ypern nochmals Trommelfeuer ein. Die Abwehrwirkung der deutschen Artillerie verminderte große Zerstörungen in englischen Gräben und Batteriestellungen. Mehrere gewaltige Explosionen wurden beobachtet, so in der Nähe der Kirche von Langemars und nördlich von Ypern. Bei Frezenberg explodierte ein Taat. Infanterieangriffe erfolgten nirgends; dagegen wurden deutlicher mehrmals erfolgreiche Patrouillenvorgänge gemacht, so südlich des Hauptkämpfers Waldes. In erbitterten Kämpfen wurden die deutschen Linien vorgezogen. Inher häufigen Verlusten bühten die Engländer eine größere Anzahl Gefangener und drei Maschinengewehre ein. Auch von mehreren anderen Frontstellen brachten Patrouillen Gefangene zurück.

In Artois gingen starke englische Patrouillen am 16. September, 10 Uhr abends, und am 17. September, 1 Uhr früh, gegen die deutschen Stellungen südlich von Comblanchien und bei Roucy vor. Sie wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. Ebenso wurden in der Gegend von St. Quentin feindliche Patrouillenvorgänge auf die deutschen Gräben von Bantour bis Bendaulle abgewiesen. Bei Neumont brachten die Deutschen bei der Sänderung eines feindlichen Sappenlopes mehrere Gefangene ein. Die Franzosen hätten mit ihren Patrouillenvorgängen keinen größeren Erfolg als die Engländer.

In der Lisenfront wurden am Morgen des 16. September französische Patrouillen südlich der Lamotte-Ferme abgewiesen, wobei Gefangene in deutscher Hand blieben.

Vor Verdun lebte beiderseits der Rheins die Genertätigkeit wieder auf. Die deutschen Batterien erzielten bei der Besetzung der französischen Artillerie große Erfolge. In und hinter der französischen Stellungen wurden Explosionen und Stöße beobachtet. Deutsche Geschütze belegten französische Befestigungen und Truppenunterstützte mit beobachteten guten Erfolg mit Bomben.

In Oise vertrieben die Alliierten an der Rige-Front mehrfach vergeblich die deutschen Stützpunktstruppen zurückzuführen. In der übrigen Oise, wie in Mezdoune, keine besonderen Ereignisse.

### Die Heresberichter.

BR. Berlin, 17. Septbr., abends. (Zusatz.)  
Stärkere Genertätigkeit nur in Nordern.

Wien, 17. Septbr. (Zusatz.)

Nur den  
Deftlichen Kriegsjahresplan und in Albanien keine besonderen Ereignisse.

### Italienischer Kriegsjahresplan.

Im Tagesgespräch mehrfach lebhafter Artilleriekampf. Nach Einbruch der Dunkelheit ging der Feind südlich von Polesina wieder erfolglos zum Angriff vor.

Im Rückzuge des Monte San Gabriele brachten französische Patrouillen bei einem Stoß in die feindlichen Gräben Gefangene und Maschinengewehre ein.

## Rußland.

### Zur Lage.

Auch heute kann man ein genaues Bild über die tatsächlichen Vorgänge in Rußland noch nicht gewinnen. An Kornilows Niederlage ist allerdings nicht zu zweifeln, wenn auch darüber, ob er verhaftet ist oder nicht, wieder verschiedene Lesarten zu verzeichnen sind. Die „Köln. Ztg.“ läßt sich melden, daß die Anklage gegen ihn zurückgezogen sei, da ernstliche Veröhnungsverhandlungen zwischen den beiden Rivalen unterommen werden sollen.

Kerenski hat überflüssigerweise in den letzten Tagen wieder versichert, daß er den Krieg fortsetzen werde. Daran hat wohl kein Mensch Zweifel, daß ihm diese Absicht innewohnt. Es fragt sich nur, ob die Soldaten allenthalben mitmachen werden. Denn die sogenannte Disziplin ist nach den verschiedensten Meldungen durch die Vorkommnisse der letzten Zeit wieder arg ins Wanken gekommen. Nach Reuters Bericht die Mannschaft des Kriegsschiffes „Petropawlawsk“ in Helsingfors vier Offiziere, die sich weigerten, dem Befehl der örtlichen demokratischen Versammlung zu gehorchen und das Treugelöbdis gegenüber der provisorischen Regierung zu unterzeichnen. — Das Revolutions-Komitee in Helsingfors, sowie der Marineminister richteten Aufreufe an die Flotte, in denen solche Gewalttaten gemißbilligt werden. Weiter wird gemeldet, daß in Wiborg 22 Offiziere erschossen und daß an der russischen Westfront nach dem Eintreffen der Nachricht vom Vorgehen Kornilows 200 Offiziere ihre Posten verließen. 40 derselben hat man habhaft werden können, die anderen sind entkommen. So etwas wirkt natürlich außerordentlich „begeisternd“ auf die Soldaten; sie wären auch nicht recht geneigt, wenn sie sich die Offiziere nicht zum Vorbild nehmen würden.

Einem Mitarbeiter des Blattes „Iwestija“ erklärte Kerenski, es sei nach langen Unterhandlungen mit den verschiedensten politischen Gruppen und den einzelnen Politikern Kerenski gelungen, das Kabinett in folgender Zusammenetzung zu bilden: Kerenski Premierminister und Höchstkommandierender, Tereschtschenko Minister des Innern und wahrscheinlich Stellvertreter des Premierministers, Kischin Minister des Innern, Katschow Konfessionsminister, Baraksky Finanzminister, Konowalow Handelsminister, Maljantowitsch Justizminister, Liwerosky Verkehrsminister, Prokowsky Minister für Versorgung, Woskencow Landwirtschaftsminister, General Marschall Kriegsminister, Admiral Werderewski Marineminister, Kuzyschin Reichskontrolleur, Schebelew Arbeitsminister, Fetromos Minister der Armenpflege, Nikitin Postminister. Am 13. September teilte Kerenski dem Mitarbeiter des Blattes mit, daß Kerenski hierin einwilligte.

Dem General Alexejew bringen die extremen Elemente des Arbeiter- und Soldaten-Rats kein Vertrauen entgegen, weil er anfänglich die Bedingung stellte, daß Kadetten in das Ministerium eintreten sollten. Nach einer Mahner Meldung soll Alexejew sich in den Räumen des Kriegsministeriums erschossen haben, was uns sehr unwahrscheinlich klingt.

Pariser Blätter berichten, in Kewal sei ein Streik ausgebrochen. In verschiedenen Fabriken fordern die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 100 Prozent. — Die Zahl der Streikenden betrage 16 000.

Die Angestellten der Straßenbahn-Gesellschaft in Helsingfors traten in den Ausstand, weil ihre wirtschaftlichen Forderungen nicht erfüllt wurden.

### Aus dem neuesten Sowjetbulletin.

Das Stockholmer Sowjetbulletin publiziert eine Resolution, die in der Vollziehung des Zentralkomitees über die Situation an der Front angenommen wurde. Die Resolution erklärt die Befreiung von der äußeren Gefahr als die Lebensfrage der gesamten Demokratie und ruft die organisierte Demokratie auf, die Regierung zu unterstützen. Das Zentralkomitee besteht auf der unverzüglichen Verwirklichung des demokratischen Reformprogramms. Selbstmordet angesichts der jetzigen Lage gegen die Generale wegen Verrats der nachstehende Satz der Resolution an: „Das Zentralkomitee protestiert energisch gegen die Verläufe, den Rückzug der Armees des Riger Frontabschnitts, welcher auf Befehl des Generalissimus aus Gründen der militärischen Notwendigkeit erfolgte, als topische Flucht darzustellen.“ Daß die patriotische Sorge in den Sowjets alles beherrscht, geht auch daraus hervor, daß der Feind in der Resolution unerwähnt blieb.

Das Sowjetbulletin publiziert weiter die Resolutionen des vereinigten sozialdemokratischen Kongresses. Die Resolution der rechtstehenden Menschewiki, welche mit 93 Stimmen durchdrang, sagt, der einzige Weg zum Frieden sei die Erneuerung der Einheit des internationalen Proletariats, der einheitliche Kampf für den Frieden und der Stoß der russischen Revolution vor dem inneren und äußeren Zusammenbruch. Die Sozialdemokratie verwerfe den Sonderfrieden als einen Schlag gegen die Einheit des internationalen Proletariats, welcher zugleich die Beteiligung Rußlands an einem neuen Kriege bedeuten würde. Sie protestiert auch gegen die Hindernisse, welche der internationalen Konferenz durch die imperialistischen Regierungen bereitet wurden und sei überzeugt, daß die Bemühungen des Proletariats der Allianzländer diese Hindernisse überwinden würden. — Die Resolution Kartens, welche 72 Stimmen auf sich vereinigte, kritisiert die unentschiedene Außenpolitik der revolutionären Demokratie, welche die Massenbewegung durch die diplomatische Einwirkung auf die Führer der sozialistischen Parteien erstickt. Die Resolution weist weiter auf die Gefahr der Anarchie hin, angesichts der Enttäuschung der Massen, welche an der Fähigkeit der Revolution, Frieden herbeizuführen, zweifeln.

Das Sowjetbulletin berichtet dann über zwei weitere interessante Kongreßbeschlüsse: Die Resolution, welche die Abschaffung der Todesstrafe an der Front fordert, wurde mit allen gegenwärtigen Stimmen angenommen. Weiter wurde eine Resolution angenommen, hinsichtlich der Verhaftung Tschibberins in England wegen Verletzung der Interessen der russischen Emigranten. Gegen diesen Gewaltakt der imperialistischen Regierung wurde lebhaft protestiert und von der provisorischen Regierung gebeten, Schritte für die sofortige Freisetzung des Verhafteten zu tun.

## England.

### Lloyd George zum Frieden.

Der „Manchester Guardian“ meldet, daß Lloyd George in einer Erklärung zu dem Vertreter der englischen Arbeiter-Union sich über die Vorbedingungen für die Aufnahme von Friedensbesprechungen geäußert habe. Die wichtige Erklärung Lloyd Georges werde in der Antwortnote Englands an den Papst der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Die Meinung Lloyd Georges sei, daß der Friede nicht mehr in nachsehbarer Ferne liegt.

## Italien.

### Eine scharfe Grenzsperr

hat Italien gegen die Schweiz durchgeführt. In Oberitalien sollen Unruhen ausgebrochen sein.

## Der Seetrieg.

Die flämische Fischerflotte von einem englischen Zerstörer und feindlichen Ziegler angegriffen.

Am 15. September, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, wurde die flämische Fischerflotte von zirka 50 Booten unter dem Schutz eines Dampfers etwa vier Seemeilen querab Ostende von einem englischen Zerstörer mit Granaten beschossen. Außerdem wurden die Fischerboote durch feindliche Flieger mit zahlreichen Bomben beworfen. Alle Fahrzeuge liefen mit Hilfe des Dampfers unbeschädigt ein. — Das brutale Vorgehen der Engländer gegen die friedliche, die Fischerei treibende flämische Küstenbevölkerung rief bei dieser große Erbitterung hervor.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Schweden und Lurzburg.

Wie nicht anders zu erwarten war, hatte sich in Schweden anlässlich der unerhörten Lurzburg-Affäre eine arge Verstimmung bemerkbar gemacht, die sich hauptsächlich in heftigen Presseauslassungen äußerte. Die öffentliche Meinung und die Regierungskreise Schwedens stehen auf dem Standpunkt, daß Graf Lurzburg, indem er durch den schwedischen Gesandten die bekannten anstößigen Depeschen befördern ließ, das Vertrauen dieses schwedischen Diplomaten mißbraucht habe, denn der Gesandte habe vom Inhalt dieser Telegramme nichts gewußt. Inzwischen ist nun der deutsche Gesandte in Stockholm, Freiherr v. Lucius, vom König von Schweden in Privataudienz empfangen worden. Freiherr v. Lucius ist zum Glück kein Gesandter, der sich unbeliebt gemacht hat, und es ist wohl anzunehmen, daß die Unterredung dazu beigetragen hat, die peinliche Angelegenheit einer befriedigenden Erledigung entgegenzuführen. Auch von Berlin aus ist man bestrebt gewesen, keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen, daß man aufrichtig bedauert, Schweden in eine peinliche Lage gebracht zu sehen. Aus den letzten Stockholmer Meldungen geht hervor, daß die meisten schwedischen Blätter, angesichts dieser Tatsachen, den Zwischenfall jetzt in ruhiger Sprache erörtern und beruhigend auf das Publikum zu wirken suchen. Auf beiden Seiten, in Deutschland wie in Schweden, wird selbstverständlich gewünscht, keine Erübung der Beziehungen eintreten zu lassen, und es braucht kaum wiederholt zu werden, daß das ganze deutsche Volk das Bedauern über die Angelegenheiten, die der Fall Lurzburg dem ehelich neutralen Schweden bereitet hat, teilt und bei der Beurteilung dieses Falles nicht auf der Seite des Grafen Lurzburg steht.

### Gegen den Krieg.

In Australien haben weite Kreise der Bevölkerung die Nase auch schon vom Kriege voll. In Melbourne fand eine riesenkundgebung gegen die weitere Kriegsbeteiligung statt. In dieser Stadt und in Sidney kam es zu schweren Unruhen, die ihre Ursache in der Kriegsmüdigkeit und in der durch den Krieg hervorgerufenen Leertung haben.

### Der japanische Kreuzer „Otowa“ gesunken.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio, der japanische Panzerkreuzer „Otowa“ ist gesunken. Der Kreuzer ist 1903 erbaut, hat 3050 Tonnen und 310 Mann Besatzung.

### Warum Amerika in den Krieg eingetreten ist.

Unser Kopenhagener Parteiblatt: „Socialdemokraten“ veröffentlicht Bruchstücke eines Briefes, der von einem hervorragenden amerikanischen Bürger an den Kopenhagener Geschäftsträger der sozialdemokratischen Partei gerichtet wurde. Daraus ist beachtenswert: Ich war verhaftet und bin frei gegen Kaution, weil ich versuchte, zu beweisen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten sind, um zu verhindern, daß die alliierten Mächte, besonders die Bankwelt in der Wallstreet am Ultimo fallit geht.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

### „Mit großen Schritten dem Frieden entgegen.“

Im Sonntag hat der Zentrumsabg. Erzberger in Biberach vor seinen Wählern gesprochen. Nach dem „Schwab. Merkur“ machte er nachstehende sensationelle Mitteilungen: „Die Friedensresolution des Reichstages habe bahnbrechend gemerkt für die große Weltfriedensbewegung, die heute über Europa und die ganze Welt ergeht. Die Stunde komme vielleicht sehr bald, wo man dem Reichstag dafür danken werde, daß er den Mut gefunden habe, diese Resolution zu beschließen. Uebergehend zur Friedensstundgebung des Papstes bemerkte Erzberger, daß sein Vorgehen im Hauptausgang unabhängig nach allen Seiten erfolgt sei. Die deutsche Antwort auf die Friedensnote des Papstes, die für die Annexionisten eine große Enttäuschung bedeute, sei gestern an den päpstlichen Nuntius in München übergeben worden, der sie durch einen besonderen Kurier des Heiligen Vaters nach Rom weitergeben werde. Ende dieser Woche werde in Rom und Wien der Wortlaut der deutschen Antwortnote gleichzeitig veröffentlicht werden. Bis dahin müsse man Geduld haben und dürfe auch nicht glauben, was in den Zeitungen über die Antwortnote stehe. Wir gehen, sagt Erzberger weiter, mit großen Schritten dem gerechten dauerhaften Frieden entgegen. Mit Bestimmtheit erklärte Erzberger, daß der Weltfrieden, dem wir uns mit großen Schritten nähern, aufgebaut sein werde auf der Grundlage der Frieledensresolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli. Schwierigkeiten biete allerdings die belgische Frage, aber auch sie könne im Rahmen der Mehrheitsresolution gelöst werden. Zum Schluß führte Erzberger aus, daß die Konturen des nach seiner Meinung bald kommenden Friedens sich bereits abheben, und zwar im Ausban des politischen Staatswesens und insbesondere auch in einem unabhängigen Königreich Albanien, das ebenfalls im Entstehen sei unter Aufsicht an Deutschland.



Unter der Überschrift: „Hat man verzichtet?“ schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: „Die gestern hier erörterten Gerüchte: Die Reichsregierung habe auf Oberherrlichkeit und eine tatsächliche Kontrolle über Gebiet und Bevölkerung des früheren Königreichs Belgien verzichtet, nehmen immer bestimmtere Formen an. Es heißt, daß in der vergangenen Woche von den maßgebenden Faktoren ein dahingehender Beschluß in Gegenwart des Deutschen Kaisers gefaßt worden sei.“

Wir erfahren hierzu aus sicherer Quelle, daß tatsächlich die zuständigen Stellen sich zurzeit stark mit der Lösung der belgischen Frage beschäftigen, daß aber endgültige Entscheidungen noch nicht gefaßt worden sind, ebenso wenig über Litauen.

**Die Universitäten gegen die Reichstagsmehrheit.**  
Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Rektors der Universität Göttingen an die Professoren und Dezentoren mit folgender Erklärung:  
„Die unterzeichneten Lehrer deutscher Hochschulen, unbeeinträchtigt von Ansichten irgendeiner Partei, frei von Sonderinteressen jeder Art, einzig und allein erfüllt von schmerzlicher Sorge um die Zukunft des Vaterlandes, erklären hiermit: daß nach ihrer Überzeugung die jetzige Mehrheit des vorläufigen Reichstages es nicht für sich in Anspruch nehmen kann, gegenüber den heute zur Entscheidung stehenden Lebensfragen den Volkswillen in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck zu bringen. Sie sprechen die feste Zuversicht aus, daß es den herausragenden Leitern von Heer und Staat gelingen wird, allen äußeren und inneren Widerständen zum Trotz einen Frieden zu erringen, wie ihn Deutschland für sein Leben und Gedeihen braucht.“

In der Begleitschrift des Rektors wird ausgeführt: „Der Wortlaut der Erklärung ist zwischen Angehörigen der benachbarten Hochschulen Freiburg, Hohenheim, Straßburg, Stuttgart und Tübingen vereinbart. Die Urheber, die selbst verschiedenen Parteien angehören, legen Wert darauf, festzustellen, daß sie mit diesem Schritt keinerlei politische Maßregeln, ins besondere eine Auflösung des Reichstages, herbeiführen wollen. Sie wünschen lediglich die Stellung einer ihrer Verantwortung bewußten Regierung zu stärken, indem sie der in weiten Kreisen vorhandenen Stimmung Ausdruck verleihen.“

Auch auf dem Kollegenkreise unserer Universität lastet schwer die Sorge über das von parteipolitischen Intrigen spiel so offenkundig durchgeführte Verhalten des parlamentarischen Blocks. Es waren bereits Besprechungen eingeleitet, von uns aus eine Rundgebung zur Stärkung der beruflichen Regierungsleitung zustande zu bringen. Darum möchte ich allen Kollegen dringend ans Herz legen, die vorgelegte Erklärung unterzeichnen und umgeben an mich zurücksenden zu wollen. Mannhaftes Bekenntnis zu einer besonnenen und charaktervollen Regierung tut jetzt not.“

Im Reichstag wird Gelegenheit sein, auch hierauf zurückzukommen.

**Die Tagesordnung für die erste Reichstagsitzung.**

Der Reichstag wird in seiner ersten Sitzung am 26. September folgende Tagesordnung vorfinden: 1. Zweite Beratung der Mitteilungen des Rechnungshofes zu der Schutzgebührenrechnung 1910; 2. Zweite Beratung der Reichshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1915; 3. Zweite Beratung des Berichts der Reichsschuldenkommission vom 26. Juni 1916; 4. Zweite Beratung der Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer über die Einnahmen und Ausgaben der Oberrechnungskammer und des Rechnungshofes des Deutschen Reiches für das Rechnungsjahr 1912; 5. Zweite Beratung der Denkschrift zur Rechnungslegung über die Aufwandsausgaben für Deutsch-Südwestafrika nebst einer Uebersicht der Ausgaben aus Anlaß des Eingeborenenaufstandes. Weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, hat sich der Präsident Dr. Kaempf vorbehalten.

Eine Anzahl „Kleiner Anfragen“ sind neuerdings gestellt worden. Der Antisemit Werner wünscht Auskunft über die bei der Verwaltung von Ober-Ost eingerichtete besondere Abteilung für jüdische Angelegenheiten, über die Beschäftigung polnisch-jüdischer Arbeiter in der deutschen Industrie, über die seinerzeit ausgenommene konfessionelle Statistik und über die „Bevorzugung der Juden bei den Kriegsgesellschaften“. In einer Anfrage wendet sich Werner gegen die „Körnenjobberei“.

Genosse Reus will Nachricht haben über die am 3. November in Aussicht gestellte wohlwollende Prüfung der Frage, ob die bisherige Benachteiligung der Disidenten hinsichtlich der Beförderung zum Offizier wegen ihrer Ueberzeugung in Zukunft fortzufallen solle.

Abg. Herzfeld (Unabh. Soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß Versammlungen für einen annezionslosen Verständigungsfrieden fast ausnahmslos verboten werden, während Versammlungen, in denen der Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Gegner gefordert und gewalttätige Anzessionen und Kriegsentzweiungen verlangt werden, ungehindert, vielfach mit behördlicher Unterstützung und Mitwirkung stattfinden; in einzelnen Provinzen verlesen sogar die Pastoren auf behördliche Anordnung Sonntags in der Dorfkirche Rundgebungen mit diesen Zielen. Dr. Herzfeld fragt, ob der Reichsanwalt dafür einzutreten gedenke, daß öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen, in denen die Friedensbestrebungen erörtert werden sollen, ohne Unterschied der Partei ungehindert stattfinden können.

**Brügel für die Reichstagsmehrheit.**

In Duisburg hat am 13. September eine „vaterländische Rundgebung“, stattgefunden, bei der der Felddivisionspfarrer Krügel aus Duisburg die Hauptrolle übernommen hatte. Nach einem Bericht unsers Duisburger Parteiblattes, der „Niederrheinischen Volkstimme“, sagte der Herr Pfarrer in seinem Vortrag über das Thema „Wie stehen die Feldgrauen zum Frieden?“:

„Wohlfür wünschen die Soldaten den Frieden, aber nicht einen solchen um jeden Preis, wie es vielfach fälschlich behauptet wird. Unsere großen Opfer an Gut und Blut dürfen nicht umsonst gebracht werden. Nicht Friedenswünsche bringt uns zum Ziel, sondern nur das deutsche Schwert schafft uns den Frieden, den wir brauchen. Wir müssen unsere Feinde vollständig zu Boden schlagen. Sonst sind wir verloren. Als an der Front die Nachricht von den Vorfällen im Reichstag bezüglich der letzten Friedensentscheidung bekannt wurde, da habe man dort bedauert, daß die Krügelstraße nicht mehr bestände.“

Das sagte der Herr Felddivisionspfarrer am gleichen Tage, an dem der leitende Minister des mit uns verbündeten anglofranzösischen Staates Herr Clemenceau erklärte: „Unsere Bereitwilligkeit zum Frieden wurde feierlich bestätigt durch die im

# Der amtliche Kriegsbericht.

**III. Großes Hauptquartier, 18. Sept. (Amtlich.)**  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht**  
In Flandern wiederholten die Engländer auch gestern ihre starken Feuernäherungen gegen einzelne Abschnitte zwischen Southoullkerwald und der Dps. Es fanden nur kleine Infanteriekämpfe statt, bei denen die angreifenden englischen Abteilungen zurückgeworfen wurden. Unsere Artillerie hat die Bekämpfung der feindlichen Batterien mit voller Kraft wieder aufgenommen.

Zwischen La-Basse-Kanal und Lens sowie von der Sambre bis an die Duse war die Gefechtsstätigkeit lebhaft.

**Seeresgruppe Deutscher Kronprinz:**  
Beiderseits der Straße Laon—Soissons und auf dem rechten Maasufer erreichte die Kampfstätigkeit der Artillerien zeitweilig beträchtliche Stärke. An mehreren Stellen entwickelten sich Vorkampfsgefechte, die für uns günstig verliefen.

**Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg:**

Westlich von Apremont brachten Sturmtruppen von einem Handstreich gegen die französischen Stellungen eine Anzahl Gefangener zurück.

Oberleutnant Berthold Schöb wieder zwei Gegner im Luftkampf ab.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Im Bogen von Ducl am Unterlauf des Ibrucz und in den Bergen östlich des Bedens von Rezdinarskeli zeigte sich der Feind ruhiger als in letzter Zeit.

**Bei der**

**Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen** führten die Rumänen westlich des Sereth nach ausgiebiger Feuernäherung bei Barnita und Muncelul mehrere Teilangriffe, die verlustreich scheiterten.

An der Rimnicmündung wurden bei einem eigenen Unternehmen Gefangene gemacht.

**Magdeburger Front.**

Keine größeren Gefechts-handlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

den Resolution des Reichstages.“ Die Ausführungen Krügelles zeigen, wie der evangelische Geistliche und seine partriotischen Gesinnungsgenossen über die nach der Ansicht des ungarischen Ministerpräsidenten, im Einvernehmen mit der deutschen Regierung erfolgte Friedensresolution des Reichstages denken. Unser Duisburger Parteiblatt hofft, daß die Ueberzeugung in allen deutschen Gauen viel besprochen werden wird, da sie für die Auffassung mancher Kreise vom Christentum zu charakteristisch ist, als daß sie mit einer einmaligen Erwähnung abgetan sein könnte.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 18. September.

### Wohnungs-, Beleuchtungs- und Feuerungsfragen vor der Bürgerschaft. — Die staatliche Unterstützung der Deutsch-baltischen Gesellschaft.

Die Bürgerschaft beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einer Reihe von Angelegenheiten, die für unser kleines Staatswesen und seine Einwohner von großer Bedeutung und Wichtigkeit sind. Eine längere Debatte entstand zunächst bei dem Senatsantrag, der eine Bewilligung von weiteren 2 Millionen Mark für außerordentliche Kriegsausgaben zum Gegenstand hatte. Genosse Löwig ergriff die Gelegenheit, um sich sofort dagegen zu wenden, daß aus diesem Fonds politischen Organisationen, die bestimmte Eroberungsziele verfolgten, Unterstützungen gewährt werden. Ein konkreter Fall ist die Verwendung von 10 000 Mark an die Deutsch-baltische Gesellschaft. Nach der Verlesung hätte die Bürgerschaft hierzu ihre Zustimmung geben müssen, aber dadurch, daß man die Summe aus dem Fonds für außerordentliche Kriegszwecke nahm, entzog man sie der Beschlußfassung des Vierklassenparlamentes. Um die verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerschaft wiederherzustellen, beantragte der sozialdemokratische Redner einen Zusatz zum Senatsantrag, in welchem gesagt wurde, daß Zuwendungen an politische Organisationen zu bestimmten Propagandazwecken aus den außerordentlichen Mitteln für Kriegszwecke nicht genommen werden dürfen. Von einer Anzahl bürgerlicher Redner sowie vom Senatsrat wurde man die Bestimmungen der Deutsch-baltischen Gesellschaft als nicht annezionsmäßig dargestellt und verwies dabei auf das Statut. In der Gründungsverammlung der hiesigen Ortsgruppe und in Artikeln führender Mitglieder der Gesellschaft wurden jedoch ganz andere Töne angeschlagen und verlangt, daß die baltischen Provinzen in deutschen Besitz übergeben sollten. Daß man in der Bürgerschaftsitzung hieron abstrahiert hat immerhin bemerkenswert. Nur schade, daß man sich so wenig mit dem Kern der Sache befaßte, ob die Unterstützung der Deutsch-baltischen Gesellschaft ohne Befragung der Bürgerschaft mit der Verfassung in Einklang steht. Sonst wurde noch vom Zarenreich gesprochen, das manche Leute erst reichlich spät erkennen und lassen gelernt haben, von den hinterbrannten Plänen der Kriegsheer in anderen Ländern usw. Nur Herr Thiele befürwortete den Antrag Löwig und trat für einen baldigen Frieden ein. Genosse Löwig ließ es in seinen mehrfachen Entgegnungen an Deutlichkeit nicht fehlen und wies unter Bezugnahme auf die Reichstags- und Bürgerschaftswahlen darauf hin, daß die Mehrheit der baltischen Bevölkerung mit den alldeutschen und verwandten Eroberungsplänen nichts gemein habe. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages von Löwig, für den die Erväählten der Mehrheit der Lübecker Bürger, die in der Bürgerschaft infolge des geltenden Klassenwahlrechts in der Minderheit sind, und drei Abgeordnete der ersten Klasse stimmten.

Sehr notwendig und nützlich war die Erörterung der Wohnungsfrage. Von Herrn Schulmerich wurde sie angeschnitten. Genosse Stelling unterstützte dessen Ausführungen und verlangte nicht nur Vorsorge für die Zeit nach dem Kriege, sondern auch Maßnahmen zur Behebung der bestehenden Wohnungsnot. Die Zustände auf dem Wohnungsmarkt haben sich bereits derartig schlimm entwickelt, daß manche minderbemittelte kinderreiche Familien keine Unterkunft mehr erhalten können. Dem Senatsrat wurde betont, daß die künftige Regierung der Stadt alle Aufmerksamkeit zuwenden und demnach mit entsprechenden Vorlagen kommen werde. Ein von Dr. v. Broder und

der die Beschaffung von zweiten Hypotheken betraf, berührt gleichfalls das Gebiet des Wohnungswezens; er gab Genossen Stelling nochmals Gelegenheit, die Errichtung eines Wohnungsamtes, sowie staatlichen Mieterzuschuß und staatlichen Eingreifen beim Bau von Kleinwohnungen zu verlangen.

Ausgehört und lebhaft war die Aussprache über die brennenden Heizungs- und Beleuchtungsfragen. Genosse Hoff kritisierte scharf die Latenzlosigkeit der maßgebenden Kreise, die trotz immer wiederholter Anträge und Anregungen in der Bürgerschaft und im Bürgerausschuß noch nichts unternommen hätten, um eine Regelung der Feuerungsverjorgung herbeizuführen. Jetzt stehe der Winter vor der Tür und Tausende von Familien sind ohne Feuerung. Wie stehe es mit der Kohlensteuerermäßigung beim Hausbrand in den kleinen Wohnungen? Auch die Genossen Henze und Löwig sowie eine Anzahl bürgerlicher Redner verlangten endlich energische Schritte. So konnte ein kleiner Teil der Bevölkerung sich gut mit Heizmaterial eindecken, während der größere Teil nichts hat. Auch die hohen Kokspreise und die ungerechtfertigten Zuschläge wurden verurteilt. Herr Dr. Hartwig teilte mit, daß demnächst Kohlenkarten ausgeben werden sollen, die auf 5 Zentner lauten. Zuerst werden die Einwohner berücksichtigt, die noch keine Feuerung haben. Weshalb hat man nicht schon vor einem halben Jahre die Kohlenkarte eingeführt? Auch die Gasemissionen und die Art, wie sie angeordnet ist, wurde bemängelt. Die Belieferung mit Holz aus den Forsten kam gleichfalls zur Erörterung. Hierbei wünschte Genosse Ehlers, daß vor allem den Kriegerverwunden Entgegenkommen gezeigt werden möge. Hoffentlich hat die Debatte gute Früchte.

Nach dem Stande der Arbeit nachweis angelegentlich erkundigte sich Genosse Radde n. Ihm wurde zur Antwort, daß die Bürgerschaft demnächst eine neue Vorlage zu erwarten habe. Danach ist der Senat dem Beschluß des Bürgerausschusses, der Partitit und Unentgeltlichkeit in der Arbeitsvermittlung vorzuschlag, nicht beigetreten. Die Eingabe der sozialdemokratischen Frauen um Einführung des Frauenstimmrechts in Lübeck wurde der gemeinsamen Kommission für die Verfassungsänderung überwiesen. Genosse Löwig eruchte, der Eingabe Folge zu geben und verlangte, daß von Zeit zu Zeit Mittelungen über die Arbeiten dieser Kommission gemacht würden, damit die Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen könne. Darauf fand die Versammlung der Bürgerschaft um 9 1/2 Uhr ihr Ende.

### Lübecker Kummer.

Wer einen Verständigungsfrieden will, der muß versuchen, die Hindernisse, die ihm entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen. Das Haupthindernis bildet wohl die Frage nach dem künftigen Schicksal Belgiens, das bisher im gewollten Nebel von Unklarheiten eingehüllt blieb. Jetzt scheint sich die deutsche Regierung endlich entschlossen zu haben, ihre Stellung dahin zu präzisieren, daß sie nicht beabsichtigt, diesem Lande die Selbständigkeit zu nehmen. Das deutsche Volk, welches in diesem grausigen Krieg nur eine ausgezogene Verteidigung Deutschlands gegen eine feindliche Uebermacht erblickt und einen baldigen Frieden erstrebt, wird eine solche Haltung unserer Regierung nur begrüßen. Anders jedoch jene alldeutschen Kreise, deren politischer Ueberstand beinahe sprichwörtlich geworden ist. Sie sehen, wie ihre uferlosen Anzessionsbestrebungen sich immer mehr in Luftgebilde verwandeln, die nur auf westtrentende Menschen zu wirken vermögen. Deshalb jammern sie jetzt in wahrhaft rührender Weise darüber, daß die deutsche Regierung „Belgien preisgegeben“ und die „Verfälschung des Deutschen Reiches festgelegt“ hätte, wie man heute in den „Lübeckischen Anzeigen“ nachlesen kann. Das scheint uns dafür zu sprechen, daß wir uns auf dem Wege zum Verständigungsfrieden befinden. Hoffentlich führt er bald zum Ziel.

**Arbeitersekretariat.** Die Zahl der Besuche belief sich im Monat August auf 1343 (1212), die der Besucher auf 1455 (1359). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 176 Personen. Mithin sind im August 1167 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1401 (1303), darunter nach auswärts schriftlich 51 (57). Von den Besuchern waren organisiert 623 (544) Personen, und zwar gewerkschaftlich 382, politisch 18, gewerkschaftlich und politisch 223. Unter den verbleibenden 832 Nichtorganisierten befanden sich 665 Angehörige von Organisierten und 11 Organisationsunfähige. Demgegenüber nach waren von den Besuchern 534 (479) männlich, 914 (878) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1347 (1282); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 101 (75); Organisationen 7 (2). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1130 (1027) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck (Land) 157 (144), Oldenburg 81 (96), Mecklenburg 29 (34), Preußen 39 (42) und sonstige 19 (16). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Anfall, Invaliden- und Krankenversicherung) 195 (153), Privatangelegenheitenversicherung 0 (3), Arbeits- und Dienstvertrag 153 (224), bürgerliches Recht 289 (315), Strafrecht 96 (77), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 599 (478), Vereins- und Versammlungsrecht 2 (2), Arbeiterbewegung 1 (1), Privatversicherung 8 (11), Handels- und Gewerbesachen 2 (0), Zivildienst 33 (17), Verschleudertes 23 (22). Von den Auskünften machten 390 (343) die Anfertigung von 435 Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 11 (15) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 220 (247) Postsendungen. Der 20. August zeigte mit 73 (74) die höchste, der 28. August mit 38 (36) die niedrigste Besucherzahl.

**Der Postcheckverkehr im Reichspostgebiet** hat im August das bisher höchste Ergebnis gezeitigt. Auf den Postcheckkonten sind 8,951 Milliarden Mark umgelegt worden. Davon waren bargeldlos 5,721 Milliarden Mark oder 63,5 v. H. des Umlages. Die Zahl der Postcheckkunden hat um 2940 auf 178 500 Ende August zugenommen. Anträge auf Eröffnung eines Postcheckkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

Im In der Stadthalle fand gestern ein Volksstämmlicher Unterhaltungabend statt, der vom Landsturmprogramm die Mitwirkung zahlreicher Landsturmmänner bekannteren Namens vereinte, wie Dr. Göhler, Rinkel, Trimborn, Paul, Schweiguth usw. so war der Besuch ein überaus großer. Wollte man doch seine Lieblinge gern einmal in der „schönen, in der neuen, in der feldgrauen Uniform“ sehen. Aber nicht alle hatten sie angezogen. Aus der reichhaltigen Vortragsfolge — um recht gut deutsch zu sprechen — sei an erster Stelle hervorgehoben der Landsturmmann Trimborn, der in künstlerischer Weise die Arie des Max aus dem „Freischütz“ und die Ballade „Tom der Reimer“ von C. Löwe zu Gehör brachte. Ihm würdig zur Seite trat der Landsturmmann Rinkel, der teils mit Fr. Bradsky, teils solo, nette Sachen meisterhaft vortrug. Rinkels Stimme ist wieder völlig auf der Höhe, vielleicht dankt er seiner militärischen Tätigkeit, die doch fälschlich recht gesundheitslich und nervenstärkend wirkt! Der Landsturmmann Paul, der auch militärisch Müller benannt ist, brachte als Solist recht gelungene und sein pointiertes Repertoire von Otto Reuber zum Vortrag und kopierte den ausgezeichneten Humoristen sehr gelungen. Ferner sei rühmlichst der Mänerdörre gedacht, die gleich dem Orchester — vom Landsturmmann Göhler geleitet — Volksdem Soldatenlieder aus wirkungsvoller zu Gehör brachten. Besonderen Beifall fanden die plattdeutschen Volkslieder „Danz, danz, Uebeth“ und „Bi de Brut“. Das Landsturmbattillon Lübeck kann sich wirklich mit seinem Männerchor hören lassen. Der Schluß des Abends bildete der zwar alte, aber immer wirkungsvolle Bellsche Schwan „Konfieur Herkules“. Hier sprach besonders Herr Paul den Vogel ab, als Kunstwerker, Jongleur und Hercules Cäsar. Aber auch die anderen Mitwirkenden, insbesondere Fr. Trebe, Herr Rinkel, Landsturmmann Deutschländer und Biegelwibel Schweiguth leisteten hervorragendes und freudigen vornehmen. Somit war



pb. Unterschlagung. Ermittelt und festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Kofau, welches sich der Unterschlagung schuldig gemacht hatte. Die Festgenommene hatte sich hier eine leberne Handtasche geliehen, diese hatte sie in Kiel versteckt und den Pfandschein an einen hiesigen Trödler verkauft.

pb. Der Hausdiener als Diebstahl. In letzter Zeit waren wiederholt Stiefel von Kurgästen aus Travemünde gestohlen, die diese in ihren Hotels vor die Türen ihrer Logiszimmer gesteckt hatten. Als Dieb wurde nunmehr ein in Travemünde beschäftigt gewesener Hausdiener aus Frankfurt a. O. ermittelt. Als er in Timmendorfer Strand und festgenommen werden sollte, setzte er dem dort stationierten Gendarmenwachtmann heftigen Widerstand entgegen und entkam durch die Flucht. Nunmehr ist der mit Justizhaus bereits vorbestrafte Dieb festgenommen worden.

pb. Das Geständnis des Mörders. Ein hier wegen Diebstahls und Betruges in Untersuchungshaft befindlicher Techniker aus Teterow, der schon wiederholt wegen gleicher Vergehen mehrere Vorstrafen erlitten hat, machte hier ein Geständnis, im September 1909 das Pastoren-Chepaar Bernharden in Sahntz auf Rügen ermordet zu haben. Der sich selbst Beschuldigende will ein früherer Pfleger des Ehepaars gewesen sein und die Tat aus krankhafter Neigung vollbracht haben.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde der Bootsmann eines im Kanal liegenden Rahnes, der gestern Abend auf den Rahn eines hiesigen Rahneigners gestiegen war und dort eine Stahltrosse mit Trommel im Werte von 200 Mk. gestohlen hatte.

Hamburg. Weitere 20 Millionen für Kriegszwecke. Der Hamburger Senat beantragt bei der Bürger-Schaft die Bewilligung weiterer 20 Millionen Mark für durch den Krieg erwachsende Ausgaben, wodurch der Betrag für diese Zwecke auf 285 Millionen Mark steigt. — Mutter und Tochter bei einem Bootsunfall ertrunken. Am Montag Abend kenterte auf der Alster bei der Schönen Aussicht ein mit drei Damen besetztes Kuderboot. Während die eine gerettet werden konnte, ertranken die beiden anderen, die Ehefrau Währ, wohnhaft Haselbrookstraße, und ihre 20jährige Tochter Doris. Diese konnte zwar bald geborgen werden, doch waren die von Beamten der Feuerwache 10 angestellten Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die Leiche der Frau Währ hat man noch nicht gefunden.

Altona. Wegen Milchpanticherei hatten sich der in Altona, Arnoldstraße 10, wohnende Milchhändler Hütsche und dessen Ehefrau vor dem Altonaer Schöffengericht zu verantworten. Proben, die in seinem Geschäft entnommen wurden, ergaben bei der Untersuchung, daß sie teilweise mit Wasser versetzt, teilweise entrahmt waren. Das Urteil lautete gegen H. auf 3 Wochen Gefängnis und eine Geldstrafe von 300 Mk., gegen seine Ehefrau wegen Beihilfe auf 3 Tage Gefängnis. Außerdem wurde auf Publikation des Urteils erkannt.

Koßdorf. Bei der Explosion eines Gastrodensens, der vollständig zertrümmert wurde, in der Natura-Milch-Export-Gesellschaft Koch u. Co. in Waren wurden durch die Wucht der umhergeschleuderten Densente drei Arbeiterinnen schwer verletzt. — Großfeuer. In Schwaan brach am Freitag bei starkem Sturm in der Koßdorfer Straße Feuer aus, das die Häuser der Arbeiter Busch, Hübenner und Schliemann total zerstörte. Die angrenzenden Grundstücke des Schlossers Bülow und des Arbeiters Nordengrün wurden sehr stark beschädigt.

Stade. Tödlicher Unglücksfall. Der 71jährige Arbeiter Umlandt fuhr eine Ladung Kohl vom Gute Böhlen nach dem Bahnhofs Balje, wo er verladen werden sollte. Plötzlich glitt er vom Fuhrwerk herunter, wobei er sich tödliche Verletzungen zuzog, so daß er bald darauf starb.

## Die neue Weinverordnung.

Sehen sind die neuen Verfügungen zur Regelung des Verkehrs mit Wein in Kraft getreten, die sich zwar bemühen, gegen die bisherigen ungeheuerlichen Mißbräuche anzukämpfen, aber doch das Uebel nicht an der Wurzel fassen. Weinversteigerungen werden verboten, soweit es sich nicht um eigenes Gewächs handelt; auch diese Versteigerungen können von den Landeszentralbehörden beschränkt werden. Man will offensichtlich den Angeboten der großen Weinherren und der Weinvereinigungen nicht wehe tun, obwohl sich die hierbei erfolgten Preisverteuerungen mit dem Hinausschrauben der Preise bei den Versteigerungen längst messen können. Die weiteren Bestimmungen betreffen das Verbot von Verkäufen von Weintrauben oder Wein aus der diesjährigen Ernte vor der amtlichen Bekanntgabe des Tages des Weinbeginns; ein Verbot von Vorausverkäufen mit rückföhrer Kraft bis zum 1. Januar soll vorbeugend wirken. Verkäufe dieser Art brauchen nicht erfüllt zu werden und sind nicht einlagbar. Auch das ist wieder eine sehr dehnbare Bestimmung. Zur Ueberwachung des Verkehrs mit Wein müssen künftig für jeden Weinart Bescheinigungen von je einem Verkäufer über den Termin der Veräußerung, über Art, Menge und Preis der Ware Auskunft geben. Um den Kettenhandel zu unterbinden, wird der Handel mit Wein von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht, die aber durch viele Ausnahmesbestimmungen durchlöcherig wird.

Wenn das Kriegsernährungsamt sich nicht entschließen kann, den gesamten deutschen Wein von der Traube bis zum Konsumenten zu erfassen, so werden alle diese Halbschritte an dem eingetragenen Uebel des Weinmissbrauchs nur sehr wenig ändern können. Man hat sich weder zu Höchstpreisen entschlossen, noch scheint man in Gemeinschaft mit dem Kriegsernährungsamt ernstlich gegen diejenigen vorgehen zu wollen, die ihre Millionen schon verdient haben. Erzeuger, Händler, Wirte und Kriegsgewinnler, die jeden geordneten Preis zahlen, haben sich in trauer Gemeinschaft gefunden. Eben erst ist wieder ein Fall aus der Mainzer Gegend bekannt geworden, wo ein Erbe neuen Weins jeßmal den Besitzer wach-

telte, während es den Keller nicht verließ und von 950 Mk. glücklicherweise auf 4700 Mk. gesteigert wurde. Und dies vor den Augen der Behörden!

## Der Bauarbeiterverband nach drei Kriegsjahren

Von August Winnig.

In der ersten Hälfte der drei Kriegsjahre erlitt der Verband starke Mitgliederverluste. Bei Kriegsausbruch zählte er in der Zahl 310 000 Mitglieder, die sich auf 929 Zweigvereine verteilten. Ende 1914, also nach fünf Kriegsmontaten, war die Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte, nämlich auf 152 000 gesunken. Von den Zweigvereinen waren 33 dem ersten Ansturm erlegen. Bis zum Schluß des Jahres 1915 sank die Mitgliederzahl noch weiter auf 88 000, und von den Zweigvereinen verschwanden noch weitere 40. (Diese Verluste waren zwar zum größten Teil, aber doch nicht vollständig den Einberufungen zum Heeresdienst geschuldet; schwächend wirkte daneben die gewalttätige Störung der gewerblichen Tätigkeit in den ersten Kriegsmontaten.) Mit Beginn des Jahres 1916 wurde die Entwicklung des Verbandes wieder ruhiger. Zwar hielt der Mitgliederstand auch jetzt noch an, aber er war nun viel geringer und nur noch die reine Folge der Einberufungen. Schon meldete sich eine schwache Aufwärtsbewegung, ein kleiner Teil der durch die Einberufungen erlittenen Verluste konnte bereits durch Neuaufnahmen ersetzt werden. Am Schluß des Jahres 1916 zählte der Verband 73 000 Mitglieder. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 184 000 Mitglieder zur Fahne einberufen worden. Rund 50 000 hatten die Organisation aus anderen Gründen verlassen. Die erste Hälfte des folgenden Jahres hat erfreuliche Fortschritte gebracht. Die Neuaufnahmen, die im ganzen Jahre 1915 18 223 und im Jahre 1916 23 677 betragen, betrafen sich allein in diesen sechs Monaten auf 16 958. Die Mitgliederzahl am Ende des dritten Kriegsjahres beträgt 81 000; da auch in dieser Zeit noch 7 499 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen wurden, so hat der Verband während dieser sechs Monate mehr als 15 000 Mitglieder effektiv gewonnen. Die Werbestraft des Organisationsgedankens ist unerschütterlich!

Die Gelder des Verbandes wurden in den drei Kriegsjahren außerordentlich stark in Anspruch genommen. Bei Kriegsbeginn verfügte der Verband über 18,5 Millionen Mark. Davon mußte er allein für die Unterführung der Arbeitslosen während der Kriegszeit 3,2 Millionen auszahlen. Die den Familien der einberufenen Mitglieder gewährte Unterstützung erforderte in der letzten Zeit 5,5 Millionen. Für alle Unterführungen zusammen sind während der drei Kriegsjahre 10,1 Millionen Mark ausgegeben worden. Ein solch starker Abfluß muß sich natürlich auch am Vermögen bemerkbar machen. Aber es ist ein gutes Zeichen für die Finanzkraft der Organisation, daß trotz dieser erheblichen Aufwendungen die Vermögensminderung in beruhigenden Grenzen geblieben ist. Das Verbandsvermögen beträgt am Schluß des dritten Kriegsjahres 15,7 Millionen Mark, seine Verminderung beziffert sich also auf 14 Prozent.

Die Einnahmen an Beiträgen sind zwar insgesamt gewaltig zurückgegangen, entsprechend der verminderten Mitgliederzahl. Verhältnismäßig aber ist die Beitragsleistung geblieben. Die durchschnittliche Jahresleistung eines Mitgliedes betrug 1913 22,27 Mark, 1915 26,60 Mark und 1916 28,40 Mark.

Das Organisationsleben hat durch das kriegsmäßig umgestaltete Gewerbe manchen neuen Zug erhalten. Die Erbauung kriegswirtschaftlicher Anlagen weitab von größeren Siedelungen hat Mitgliederzahlen ganz neuer Art entstehen lassen. Hier arbeiten oft tausend und mehr Bauarbeiter auf einer Baustelle oder in einem beschränkten Gebiet, in dem vorher kaum etwas vom Baugewerbe zu sehen war. Die Organisation hat sich bald diesen neuen Zuständen angepaßt und durch Anstellung besonderer Beamten an solchen Plätzen dafür gesorgt, daß auch hier den Arbeitern der Segen der Organisation zugute kommt. Für die Festmitglieder gibt der Verband ein kleines Nachrichtenblatt, den „Feld-Grundstein“, heraus, der allmonatlich in einer Auflage von 40 000 an die Front geht.

In der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder ist der Verband auf die Wege und Maßnahmen angewiesen, die sich aus den Zeitläuften ergeben. Zweimal — im Frühjahr 1916 und 1917 — hat er zusammen mit den anderen baugewerblichen Verbänden Feuerungszulagen von den Unternehmern gefordert und in Verhandlungen, die unter Aufsicht des Reichsamtes des Innern geführt wurden, vereinbart. Durch beide Zulagen sind die Stundenlöhne der Bauarbeiter bis jetzt um 25 Pfg. erhöht worden. Gegenwärtig erstrebt der Verband eine weitere Feuerungszulage.

Für die innere Festigkeit und die Arbeitsfähigkeit des Verbandes zeigt am besten der Umstand, daß, abgesehen von wenigen Vereinen im Kriegsgebiet, alle Vereine Woche für Woche ihre Arbeitslosenzahlungen vornehmen und einen vollständig geordneten Verkehr mit dem Vorstande unterhalten. Wohl hat der Krieg viele verlässliche Kräfte weggenommen, aber an ihre Stelle sind überall Ersatzkräfte getreten, die die Organisationsgeschäfte weiterführen. Die Uebergangszeit mit ihren Unklarheiten und Schwierigkeiten ist längst vorüber. Der Deutsche Bauarbeiterverband steht heute stark und arbeitsfähig da.

## Soziales.

Mehr Schatz der Arbeiterinnen und Jugendlichen! Der Reichstangler hat ein Rundschreiben an die Bundesregierungen gelangen lassen, in dem er für besseren Schatz der Arbeiterinnen und Jugendlichen Arbeiter eintritt. Das Schreiben ist in seinem ersten Teile eine einzige große Anfrage über die ungenügend eingehaltenen Arbeiterlohnbestimmungen für die genannten Arbeiterkategorien. Der Kanzler sagt, die amtlichen Zusammenstellungen hätten erkennen lassen, daß die im Reichstag und in der Presse immer wiederholten Klagen über unzureichenden Schatz der Arbeiterinnen und Jugendlichen Arbeiter nicht unbegründet seien. Die zuständigen Behörden hätten in so weitgehendem Maße Ausnahmen zugelassen, daß es beinahe der Aufhebung

der Schatzbestimmungen gleichkomme. Auch die Regelung der Arbeitszeit müsse Bedenken erregen. Nicht selten sei eine regelmäßige tägliche Beschäftigung der Arbeiterinnen und Jugendlichen Arbeiter bis zu 15 Stunden einschließlich der Pause zugelassen. Für Arbeiterinnen seien sogar 12stündige Nachtschichten und 24stündige Wechselschichten gestattet worden. Derartige Bestimmungen seien sogar ohne jede Befristung und ohne Vorbehalt erfolgt. Die Bewilligung so zahlreicher und weitgehender Ausnahmen müsse zu ernstlichen Bedenken Anlaß geben, denn es ließe sich befürchten, daß durch die übermäßig lange Arbeitszeit und die Nacharbeit sowohl die Gesundheit der Arbeiterinnen und Jugendlichen Arbeiter Schaden leidet, als auch ihre Leistungsfähigkeit bedenklich zurückgeht. Auf Anregung des Kanzlers hat jetzt das Kriegsamt die Kriegsamtsstellen angewiesen, auch ihrerseits dahin zu wirken, daß die Ueberarbeit und Nacharbeit von Frauen und Jugendlichen Arbeitern möglichst eingeschränkt wird und daß die Anträge von Unternehmern um Bewilligung von Ueberarbeit und Nacharbeit nur dann bewilligt werden, wenn wichtige Kriegsaufgaben sich ohne diese Ueber- und Nacharbeit nicht erreichen lassen. Weiter hält der Kanzler es nötig, daß die früher auf unbegrenzte Zeit erteilten Genehmigungen mit angemessener Frist zurückgezogen werden und erst nach erneuter Prüfung der Sachlage eine weitere Ausnahme und zwar immer nur für eine bestimmte Zeit widerruflich bewilligt wird, unter dem Vorbehalt, daß sie zurückgenommen wird, sobald die Bedingungen, unter denen sie erteilt worden ist, nicht innegehalten werden, oder wenn sich daraus Unzuträglichkeiten ergeben. Bei Genehmigung von Nacht- und Ueberarbeit wird grundsätzlich vorzuschreiben sein, daß dazu schwache und fränkliche Personen, schwangere und stillende Frauen sowie Arbeiterinnen unter 18 Jahren nicht herangezogen werden dürfen und daß die Bestimmungen des § 137 Abs. 6 der G.-O. (Betr. Nichtbeschäftigung der Weibchen während 8 Wochen) unter allen Umständen in Kraft bleiben. Endlich können die Genehmigungen auch davon abhängig gemacht werden, daß für die Arbeiter, und besonders für die Arbeiterinnen ausreichende und gut eingerichtete Umkleeräume, Speisezimmer, Aborte, Krippen und andere Wohlfahrts-einrichtungen eingerichtet oder die vorhandenen besser ausgestaltet werden. Den Arbeitern ist von den Ausnahmebewilligungen und den dabei vorgeschriebenen Bedingungen durch Anschlag in den Betriebsräumen Kenntnis zu geben. — Die Gewerbe-Inspektoren sind von den Anregungen des Reichskanzlers unterrichtet worden und mit den erforderlichen Anweisungen versehen.

## Aus Nah und Fern.

Zwei Menschenleben vernichtet. Ein Wachtposten hat im Walde bei Labiau aus Versehen zwei Holzfäller erschossen, die er für entflohenen russische Gefangene hielt.

Eine Urlandscheinfabrik ausgehoben. Die Berliner Kriminalpolizei machte eine interessante Entdeckung. Der 22jährige Alfred Richter ließ sich Vordrucke zu Urlandscheinen herstellen und verschaffte sie mit den erforderlichen Stempeln und Unterschriften. Die Scheine lauteten dahin, daß ein kleiner Trupp, etwa ein Unteroffizier mit einem Gefreiten und 10 bis 12 Mann zu diesem oder jenem Zweck abkommandiert sei. Auf diese Scheine hin holte er für die Soldaten bei verschiedenen Brotkommissionen die Nahrungsmittelkarten, die er dann gleich in ganzen Reihen, die Reihe zu 16 Mk., verkaufte. Seine Einnahmen aus diesem „Betrieb“ waren außerordentlich hoch.

Verhaftete Getreidebesitzer. Wegen umfangreicher Getreideabhebungen wurden der Verwalter der Leibitzher Mühlen bei Lohorn, 59 Eisenbahnbeamte aus Leibitz und Thorn und ein Kaufmann aus Berlin, der sich als Leutnant a. D. eingeführt hatte, verhaftet. Die Verhafteten sollen mehrere hundert Zentner Getreide und Mehl, die der Mühle zum Ausmahlen überwiesen waren, veruntreut und nach Berlin geschoben haben.

Schweres Eisenbahnunglück. Der „Nassaubote“ meldet aus Limburg: Heute früh stieß auf der Westerbahn ein zwischen Wilsenroth und Wilsenroth der von Limburg kommende Personenzug mit einem aus Westerbahn kommenden Personenzug zusammen. Fünf Personen sind tot, sechs schwer verletzt und eine Anzahl leicht verletzt.

Im Berliner Verkehrsleben ereigneten sich am Sonntag vier tödliche Unfälle; 3 Personen wurden von der Straßenbahn überfahren und getötet; bei der Uebergründbahn stürzte ein Bahnwärter beim Einsteigen in einen bereits fahrenden Zug und geriet unter die Räder.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. September. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings 17 000 Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Sylamore“ mit 9260 Tonnen Stützgut. Das Stützgut, unter dem sich nach Angabe des gefangenen ersten Offiziers 970 Tonnen Kupfer befanden, hatte einen Wert von 8 Millionen Mark. Ein anderer großer bewaffneter englischer Dampfer wurde aus starker Sichtung herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Winnig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwan, Druck: Friedr. Meyer & Co., Gedruckt in Lübeck.

## Gelesene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Kette aus der Verteilung Nr. 75 (Suppenfabrikate) können von den Kleinhändlern freihändig verkauft werden.

Lübeck, den 17. September 1917. (2691)

## Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Eine Bekanntmachung betr. die Änderung der Verordnung über Lebensmittel-Sammlungen wird durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts-, Kreisblätter usw.) veröffentlicht, worauf hiermit hingewiesen wird.

Städt. Generalkommando IX. A. S.

Die Vererbung unseres Sohnes Herbert findet nicht am Mittwoch, sondern Donnerstag nachmittags 3½ Uhr statt.  
Martin Hehlens u. Frau  
Anna geb. Schultz.

Für die Gratulationen und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit legen allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen der Schlosserei der Kochischen Werkstatt unsere herzlichsten Dank.

W. Köhne und Frau  
Verzucht einige entzücktere

Beiträge.  
Heinr. Viereck, Buxtr. 24.

## Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

## Nachruf.

Am 16. September starb unser langjähriges Mitglied, der Müller

## Joach. Fasch.

Gehre jenem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 3¼ Uhr auf dem Borsteler Friedhof statt.

Die Mitglieder versammeln sich am 2¼ Uhr im „Weigen Garten“.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht.  
Der Vorstand.

„Komitee- und Kommissionsitzungen“

## Sitzung der erweiterten Kommission des Gewerkschaftsbundes am Mittwoch, 19. September abends 7½ Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Zu dieser Sitzung wird die Kommission eingeladen.

## Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr

## Die tolle Komteß

## Versäumen Sie nicht!

Sohlenschoner

## „Halte Durch“

zu kaufen. (2689)

## Sie sparen Geld!

Wilh. Kreutzfeldt, Lederhandlg., Fischergrube 23.

## Hausschuhe

werden angefertigt (2692)

Stienstraße 16, Etage.

## Gewinnansstellung

Johannisstraße 1-5 (gegenüber dem Haupteingang von R. Karstadt).

Lose zu M. 1.— daselbst im Laden erhältlich. (2701)

Lübecker Landesbank für den Verkauf von Staatsanleihen.

## Stadthallen-Sommertheater

Dienstag, den 18. Sept. 1917.

Anfang 7 Uhr:

Letzte Vorstellung der Sommerspielzeit

Ehrenabend zugunsten des gesamten Personals.

Einmaliges Gastspiel von Tili Feiner v. Carl-Schultze Theater, Hamburg:

## Der Soldat der Marie.



### Der Lügenfeldzug gegen Stockholm.

Es ist hier schon bei mehreren Gelegenheiten darauf hingewiesen worden, wie die westlichen Ententeregierungen durch einen systematisch geführten Lügenfeldzug die Stockholmer Konferenz zu sabotieren versucht haben. Die Fällung des **Rezernti-Briefes** durch Lloyd George, die irreführenden Reuter-Berichte über die Abstimmung der englischen Arbeiterpartei waren die Höhepunkte dieser Kampagne. Auf eine Anzahl weiterer Irreführungen der öffentlichen Meinung haben wir in unserer Freitagnummer hingewiesen. Neues Material bringt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, dessen Stockholmer Korrespondent seinem Blatte schreibt:

„Man sagt hier sehr über die Art und Weise, wie das französische Publikum von der Tätigkeit der Stockholmer Konferenz unterrichtet wird. Die Nachrichten aus Stockholm erscheinen vor den Augen der französischen Leser verflümmelt und sogar gefälscht, sofern man sie überhaupt berücksichtigt. Ein paar Beispiele: Der Haasvertreter in Stockholm meldet das Memorandum der deutschen Mehrheitssozialisten nach Paris. Es wird einfach nicht veröffentlicht.“

„Wenn Haas das polnische Memorandum veröffentlicht, in dem die Vereinnahmung von Deutsch-, Oesterreichisch- und Russisch-Polen in einem vereinigten polnischen Staat gefordert wird, druckt die Pariser Presse das direkte Gegenteil ab.“ — Am 24. August d. J. erschien in den französischen Blättern, sogar in der „Humanité“, ein Telegramm aus Stockholm, daß Branting der Meinung sei, die Stockholmer Konferenz müsse ausgeben werden und daß auf keinen Fall „die Schuldfrage besprochen werden solle“. Darüber befragt, erklärte Branting, nie etwas Derartiges gesagt zu haben. Die Konferenz selbst hat sich niemals gegen die Behandlung der Schuldfrage ausgesprochen.“

Schließlich enthielten die französischen Blätter vom 28. August laufenden Jahres ein Telegramm aus Stockholm, wonach die „Daily News“ gemeldet haben sollen, das vorbereitende Komitee hätte eine Subjunktionsadresse an die russischen Maximalisten geschickt. Nun hat aber der Korrespondent der „Daily News“ nie etwas Derartiges telegraphiert und das Komitee hat auch nie etwas Derartiges an die Maximalisten geschrieben. Man wollte einfach die Auffassung hervorheben, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen Lenin und Stockholm bestehe, die doch gar nichts miteinander gemein haben. Im Gegenteil! Die Vertreter von Haas und „Daily News“ waren zum Schluß gern bereit, zu erklären, daß sie nie derartige Telegramme verschickt hätten; woraus sich ergibt, daß diese Informationen einfach in Paris fabriziert werden.“

„Andererseits war auch das Telegramm des Korrespondenten der „Aölnischen Zeitung“ in Stockholm, wonach Branting erklärt hat, daß es für die Konferenz nötig sei, sich nach der Seite der Zentralmächte zu wenden, unrichtig. Branting hat mir persönlich versichert, daß er so etwas nicht geäußert habe.“

Soweit der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“. Es ist richtig, daß auch bisweilen in der deutschen Presse irreführende Meldungen übereifriger Korrespondenten aufgetaucht sind und daß gewisse altdeutsche Blätter ähnliche Manöver verübt haben, wie die englische und französische imperialistische Presse. Immerhin kann gerade die Meldung der „Aölnischen Zeitung“ nicht als Beweis für eine systematische Stimmungsmache gegen Stockholm herangezogen werden, da sie ihrem Inhalt nach geeignet war, das deutsche Bürgertum für Stockholm einzunehmen. Der englisch-französische Lügenfeldzug erhielt sein besonderes Gepräge und seine besondere Gefährlichkeit dadurch, daß die pakverweigernden westlichen Ententeregierungen ihn selber nach Kräften förderten und unterstützten, während die deutsche Regierung, die die Pässe nach Stockholm bewilligte, sich durchaus neutral verhielt.

### Berammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 17. September.  
Wortführerstellvertreter Scharff eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min.

1. Antrag: Erlass eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 20. September 1905, betr. die Errichtung einer Landwirtschaftskammer.

Radden erkundigt sich nach dem Arbeitsnachweis. Schon anfangs März sei zur Prüfung dieser Frage eine Kommission eingesetzt worden, die Vorlage habe dann den Bürgerausschuß passiert, seitdem habe man nichts mehr darüber vernommen und daß es notwendig, daß der Arbeitsnachweis sobald als möglich ins Leben gerufen werde.

### Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.  
Von Edmund Hofer.

28. Fortsetzung.

Es war, wie sich in wenigen Minuten zeigte, ein Gerichtsboten, vom Untersuchungsrichter Große, dem Magister nachgegangen, um ihn, mit dem Ausdruck des Bedauerns über seine schnelle Abfahrt, in der höflichsten Weise zu einer unumgänglich nötigen Vernehmung einzuladen. Da es nicht zu verlangen sei, daß er heute noch zurückkäme, hieß es, so habe der Rat ihn zu bitten, daß er sich am nächsten Morgen um 11 Uhr bei ihm einfinde. Er würde, schloß der Brief, zu ihm, dem Magister hinarbeitet kommen sein, wenn seine Geschäfte es erlaubten.

Siemann hatte dies aus dem rasch eröffneten Schreiben, wie man unschwer merkte, mit steigender Ueberraschung, ja mit deutlich hervortretendem Mißtrauen gelesen. Er wandte sich nun an den Boten, der inzwischen abgestiegen war, und schon dem verdächtigsten Antzuges Besitzt, mit der Frage, was denn vorgefallen sein könne, das diese Vorladung erkläre, und er tat das in einer so vertraulichen Weise, daß man wohl bemerkte, wie ihm auch dieser Mann schon seit länger her bekannt sein mußte; wir erhielten ja bereits mehrfach Andeutungen, daß der Magister mit allem, was zum Gericht gehörte, in nahen Beziehungen stand.

Der Mann konnte bezweifeln, er könne keine Aufklärung geben. Er hatte nur erfahren, daß der Rat einen anderen in des Magisters Gasthof mit der mündlichen Bitte um einen Besuch geschickt, und da er verfuhr, daß der Geistliche bereits abgegangen sei, als bald ihn erpediert, und ihm die größte Eile anempfohlen habe. Diefse er den Geistlichen noch diesseits Ostrow, so möge er ihn auffordern, umzukehren und sogleich beim Rat vorzuführen.

Der Magister schüttelte immer bedenklicher den Kopf. „Und Sie wollen mit einbilden, Wißt“, sagte er, „daß Sie gar nicht ahnen, was diese Fiktion und zumal diese Dringlichkeit zu bedeuten hat? Gehen Sie mir fort. So etwas spricht sich stets zwischen uns herum.“

Der Boten stieß die Tüschlein. „Weiß es wahrhaftig nicht, Herr Magister“, verzogte er in einer Weise, die anzudeuten schien, daß es ihm wirklich leid tat, Siemanns Wunsch nicht erfüllen zu können. „Das ist nicht mehr, wie bei dem Herrn Rat Defig — es ist nicht einer von uns, der in diesen letzten Tagen mehr als seinen Auftrag erhalten hat. Der Herr Rat reden mit keinem Menschen, als mit dem Herrn Direktor, bei den Verhören ist keiner von uns anwesend gewesen, und mit dem Widern ist nichts anzufangen, er ist wie ein Stein geschlagen. Doch denks ich, mit dem Herrn Horst wird die Besprechung des Herrn Magisters nichts zu tun haben.“

Vom Senatstisch wird erwidert, daß vielleicht schon in den nächsten Tagen eine neue Vorlage eintreffen wird.

2. Antrag: Haushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 1918. Dr. Hartwig streift die Höchstpreisfrage für Holz und er sucht um Auskunft, in welcher Weise der Verkauf des Holzes stattfinden soll.

Senator Dr. Neumann entgegnet, es sei dafür Sorge getragen, daß die landliche und milderbemittelte Bevölkerung zunächst mit Holz versorgt werde, vor allem auch die Gewerbetreibenden. Im übrigen beabsichtige die Finanzbehörde, die Verteilung für die städtische Bevölkerung dem Ausschuß für Kriegshilfe zu übertragen. Verteilungsbestimmungen seien noch nicht getroffen, doch werde dafür gesorgt, daß das Holz nach Vorrat als Ergänzung der Kohlenheizung diene.

G. Ehlers begrüßt es, wenn Kriegerfrauen Holz bekommen sollen und wünscht, daß die möglichen Stellen dieses Holz so billig als möglich abgeben. Es müsse auch auf baldige Heranschaffung Bedacht genommen werden, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß die Frauen bei Wind und Wetter herumziehen müssen, nur um etwas Brennholz zu bekommen. Man habe in früheren Wintern bittere Erfahrungen genug in dieser Beziehung gemacht.

Thiele unterschreibt das eben Gesagte, wünscht aber, daß allen Bürgern eine Erleichterung geschaffen wird, hauptsächlich auch dem Mittelstand.

Senator Dr. Neumann sagt dies zu und erklärt, die Preise würden entsprechend gestellt, selbstredend müßten aber die Kosten zubezahlt werden. Zur Heranschaffung sollten Jungmänner beihilflich sein.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

3. Antrag: Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges.

Löwig: Als am 13. August 1914 die Bürgerschaft den Beschluß faßte, diesen Fonds zu schaffen, gab sie ein wichtiges Mitbestimmungsrecht aus der Hand. Dies wurde später auch erkannt und bedauert. Es kam im vorigen Jahr in diesem Saale zu lebhaften Aussprachen und darin zum Ausdruck, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, die Verwaltung des Fonds ausschließlich dem Senat zu übertragen und dadurch auf die Mitbestimmung der Versammlung großer Summen zu verzichten. Auf Antrag von Dr. Rangenheim wurde dann beschlossen, dem Bürgerausschuß ein Mitbestimmungsrecht zu gewähren, damit er in der Lage sei, sein Votum bei der Verwendung der Summen abzugeben. Die Bürgerschaft aber blieb ausgeschaltet und das halte ich für einen schwereren Fehler und für außerordentlich bedauerlich. Zu dieser Ansicht komme ich ganz besonders aus Anlaß eines Senatsantrages, der vor einigen Wochen den Bürgerausschuß beschäftigte. Es handelte sich darum, daß einer politischen Organisation aus diesen Mitteln Unterstützung in Höhe von 10 000 Mark gewährt werden sollte. Die Mittel des Fonds für außerordentliche Kriegsausgaben sollen nach dem Antrag des Senats verwendet werden für aus dem Kriegsverhältnis erwachsene Ausgaben sowie sonstige Aufwendungen, die während des Krieges geboten erscheinen. Dazu kann jedoch die Unterstützung politischer Organisationen, die Propaganda für Eroberungen treiben wollen, nicht gerechnet werden. Wenn der Senat aber die Meinung hatte, daß eine solche Unterstützung zweckmäßig und im Interesse Lübecks geboten sei, mußte die Bewilligung aus Mitteln des Abschnitts XIX des Haushaltsplanes durch die Bürgerschaft erfolgen. Nach der Verfassung mußte die Bürgerschaft allgemein gehört werden über die Verwendung von Staatsmitteln. Eine Ausnahme wurde nur geschaffen durch diesen staatlichen Fonds. Hier steht die Ausgabe nach meiner Meinung mit dem Zweck, für welchen der Fonds geschaffen, in keinerlei Beziehung, sie mußte also als Antrag an die Bürgerschaft gelangen. Dies ist nicht geschehen; diese Summe ist bewilligt worden aus Mitteln, die für außerordentliche Kriegsausgaben zur Verfügung stehen. Dadurch wurde die Bürgerschaft umgangen, was ich für einen außerordentlichen Fehler halte, für eine Nichtachtung der Volkserziehung. Es war ja wahrheitsgemäß für den Senat viel bequemer, die Sache durch den Bürgerausschuß zu erledigen, weil dessen Verhandlungen nicht öffentlich sind und nur seine Beschlüsse veröffentlicht werden. Ich glaube, daß wir alle ein großes Interesse daran haben, daß nicht wieder diese Wege gewandelt werden und daß Vorzüge getroffen wird, damit in Zukunft die Bürgerschaft ein Mitbestimmungsrecht hat in den Fragen, bei denen es sich nicht um Kriegswohlfahrtspflege handelt. Hier handelt es sich um keine Ausgabe, die mit der Kriegswohlfahrtspflege in irgend einem Zusammenhang steht, sondern um eine politische Organisation, die Eroberungszwecke verfolgt. Im Bürgerausschuß wurde zwar gesagt, sie erstrebe nach dem Statut nur eine Stärkung des Deutschtums. Daß die Sache aber etwas anders liegt, werden alle die Herren wissen, die die Berichte über die Gründungsverammlung der Ge-

sellchaft gelesen haben. Dort wurde mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß es sich darum handelt, die Annektionen der russisch-baltischen Provinzen zu propagieren. Dafür sind die 10 000 Mark bewilligt. Ich bin der Meinung, daß wir keinerlei Veranlassung haben, politischen Vereinen, mögen sie Zwecke verfolgen, welche sie wollen, aus Staatsmitteln Unterstützung zu gewähren. Hier handelt es sich um eine Gesellschaft, deren Anschauungen mit der Anschauung der großen Mehrzahl der Lübecker Einwohner und Bürger in direktem Widerspruch stehen. (Widerspruch bei den Bürgerlichen; Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das könnte ich Ihnen an Zahlen über die Reichstagswahlen und zu den Wahlen der Lübecker Bürgerschaft leicht beweisen. Als diese Wähler den sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Stimme gaben, wußten sie, daß wir nach unserem Programm und unseren Anschauungen niemals für Vergewaltigung fremder Völker eintraten. Daraus ergibt sich für mich, daß diese Leute, wie später auch große Versammlungen zum Ausdruck brachten, die Auffassung der Sozialdemokraten teilten. Diese Tausende sind anderer Ansicht als die Deutsch-baltische Gesellschaft. Sie haben mit deren Zielen nichts gemein. Deshalb sind sie ganz entschieden dagegen, dieser Gesellschaft eine Unterstützung zu zahlen aus Mitteln, die sie als Gegner der Eroberungspolitik mit aufbringen müssen. Obwohl ich die Zwecke der Deutsch-baltischen Gesellschaft bekämpfe, habe ich als politischer Anhänger der Vereins- und Versammlungsfreiheit gegen ihre Gründung nichts einzuwenden, aber die Propaganda für ihre Ziele soll sie selbst bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mitgliederzahl dieser Deutsch-baltischen Gesellschaft ist klein; in der Gründungsverammlung waren etwa 50 Herren, also nur ein winziger Bruchteil der Bevölkerung. Es sind freilich recht zahlungsfähige Herren, die für ihre Zwecke ganz gut in die eigene Tasche greifen können. Was die Zwecke und Ziele der Deutsch-baltischen Gesellschaft kennt, versteht also, daß sie in keinem Zusammenhang stehen mit den Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege. Deshalb beantrage ich, als Zusatz zum Senatsantrag, um für die Zukunft einen Kegel vorzuschreiben: Aus diesen Mitteln dürfen Zuwendungen an politische Organisationen für Propagandazwecke nicht genommen werden. Ich hätte gern gesehen, wenn es der Bürgerschaft noch nachträglich möglich wäre, ihre Meinung zu der Bewilligung der 10 000 Mark durch den Bürgerausschuß zum Ausdruck bringen zu können. Deshalb hatte ich eigentlich die Absicht, Ihnen folgenden Antrag zu unterbreiten: „Die Bürgerschaft erklärt, daß die Bewilligung von 10 000 Mark an die Deutsch-baltische Gesellschaft durch den Bürgerausschuß, ohne daß die Zustimmung der Bürgerschaft eingeholt ist, im Widerspruch zu den Artikeln 51 und 69 der Verfassung steht, nach welcher der Bürgerschaft ein Mitbestimmungsrecht über alle Ausgaben von Staatsmitteln über 6000 Mark zusteht.“

Die Bürgerschaft wäre dadurch in die Lage versetzt, zu erklären, ob das, was geschehen ist, im Einklang mit der Verfassung war. In der Geschäftsordnung der Bürgerschaft und in der Verfassung habe ich leider keine Bestimmung gefunden, die mir die Stellung eines solchen Antrages zu ermöglichen geeignet erscheint. Vielleicht äußern Sie sich aber doch darüber. Jedenfalls halte ich die Bewilligung der 10 000 Mark an die Deutsch-baltische Gesellschaft für verfassungswidrig und bitte Sie, meinen Zusatzantrag anzunehmen. (Beifall bei den Soz.)

Der Wortführer hält diesen Antrag nicht für zulässig.

Senator Dr. Schenck betont, es habe für diese Ausgabe eine große Einmütigkeit im Bürgerausschuß geherrscht.

Dimpfer: Mit Ausnahme der Sozialdemokraten hätten sich alle Bürgerausschußmitglieder für die Bewilligung erklärt. Die Deutsch-baltische Gesellschaft verfolge keine annexionspolitischen Ziele, sie wolle nur Aufschluß über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der deutsch-baltischen Länder verbreiten. Die Kreise des Herrn Löwigs hätten alle Ursache, diese Bestrebungen zu unterstützen, da sie die größten Vorteile daraus genießen würden.

Löwig: Daß aus den wirtschaftlichen Beziehungen Lübecks zu den baltischen Provinzen auch die Arbeiter Vorteile haben, bestreite ich nicht, das liegt auf der Hand. Wir sind nur der Ansicht, daß diese wirtschaftlichen Beziehungen und die daraus resultierenden Vorteile größer sind, wenn nicht die von der Deutsch-baltischen Gesellschaft nach den Auslassungen ihrer Mitglieder bezweckten Eroberungspläne verwirklicht werden. Was jene Leute als Zweck der Gesellschaft ansehen, erkenne ich beispielsweise aus einem Artikel des Landgerichtsrats Dr. Schrader, der in den „Lübeckischen Anzeiger“ ausführte: „Der Völkland und Estland beherrscht, beherrscht, wenn er die nötige Energie dazu hat, die Ostsee und übt einen unumkehrlichen Druck auf Schweden, Finnland und Rußland aus. Sicht England dort fest, so hat es den Weg zu unserer Erdrosselung vollendet, wir sind auch im Norden eingekreist, die skandinavischen Länder ins Lager unserer Gegner getrieben, Caspar richtete sich von der Wäse auf und begegnete dem Auge Siemanns mit kaltem, festem Blick: „Ich leugn' es auch nicht.“ sprach er, „daß ich nach Detlef ausgehauert habe. Ich sah ihn neulich im Gewittersturm abgelehrt und hatte Angst um ihn. Aber die Hauptfrage war, daß ich ihm sagte, wie nicht ich das Gerücht von der Brandstiftung, ausgebraut, sondern ihn von Anfang an in Schutz genommen habe, und wiederum, wie ich auch nicht die Gendarmen auf seine Spur brachte. Er soll mich nicht für einen schlechten Menschen und Kameraden halten.“

„Caspar Peers!“ fiel Siemann lebhaft ein.

„Es hilft nicht, Herr Magister, es muß schon gesagt werden,“ sprach Caspar unbeirrt und gleich kalt und bestimmt. „Ich leid's nicht, daß er ohne meine Schuld schlecht von mir denkt. Und da Herr von Bestfeld mir heut sagte, daß er sich gestellt hat und in der Custodie ist, so will ich ihm und mich zum Zeugen melden.“ Er heugte sich wieder zu seiner Arbeit.

„Na, da kann er sich gratulieren — das ist doch noch Freundschaft!“ sagte der Magister mit einem Hohn, der nur schlecht seine Gereiztheit verbarg.

Caspar Peers erwiderte nichts.

So weit sich die Wäse reparieren ließ, war das jetzt bald gesehen, da vier kräftige Männer tätig waren. Mein es war augenscheinlich genug, daß der Wagen, bei dem Mangel jedes rechten Materials, das Gewicht mehrerer Krassen schwerlich auf die Dauer ertragen würde und obendrein nur auf das langsamste und sehr spät bis Kollitz und zur Schmiede gelangen könnte.

Unter diesen Umständen muß ich schon mein Vorrecht auf meines Schwagers Wagen wahrnehmen,“ sagte der Magister in einer, man hätte denken mögen, hochmütigen Weise, „und Herr Caspar Peers wird sich bis zur Stadt wohl auf seine Füße verlassen. Müßte ich nicht nach Hause, so würde ich den Wunsch des Herrn Raths sogleich erfüllen und ebenfalls hineinfahren.“ fügte er zum Boten gemeldet hinzu. „Schriftliches kann ich Ihnen nicht mitgeben, lieber Mann; so machen Sie meinen Empfehl und melden, daß ich morgen, wo irgend möglich, pünktlich erscheinen würde.“ Und nachdem er Bestfelds Gefährt hatte umwenden lassen, gab er dem eigner Antzuges noch einige Anweisungen, stieg auf und fuhr — es war an dem feinen und milden Manne schier unerhört! — ohne einen Gruß von dannen.

„Mit dem und dir, Caspar, ist's aus und vorbei,“ bemerkte der Antzuges Siemanns grinsend.

„Das meißt ich,“ verzogte der Genannte mit aller möglichen Kaltblütigkeit. „Auch wenn eben sehen, wie ich's aushalte.“ Und Bündel und Stock zur Hand nehmend, fügte er gegen den Boten, der eben aufstieg, sich wendend hinzu: „wenn's nicht allzu sehr presiert, Herr Wißt, bleiben wir bei einander. Habe gern unterwegs Gesellschaft.“

mit dem scheint ja alles in Ordnung zu sein, bis auf die alte Schlägerei-Geschichte mit Feldt. Und das kann den Herrn Magister doch nichts angehen.“

Siemann schaute ernst und gedankenvoll dazwischen, erwiderte aber nichts und fand um so weniger Gelegenheit zu weiteren Fragen, als mittlerweile auch der vorhin erblitzte Wagen herantam und eine neue Ueberraschung für ihn brachte. Dem als einziger Insasse neben dem Kutsher zeigte sich auf dem eleganten Gefährt — es war gleich dem des Geistlichen ein leichter, sogenannter Jagdwagen — unter alter Bekanntschaft, Caspar Peers, der seit dem Gewittermorgen nicht bloß aus unseren Augen verschwunden war.

Der Wagen hielt und nicht nur Caspar, sondern auch der Kutsher waren schnell herunter, um den Verunglückten gleichfalls Beistand zu leisten, wie es in solchen, bei den verhältnismäßig überall schlechten Straßen, nicht seltenen Fällen stets zu geschehen pflegte; jedermann half einander, weil jedermann demnachst von einem ähnlichen Unfall betroffen werden konnte, und nicht um Stolz gelassen werden wollte. Hier war die Hilfe noch natürlicher, weil abgesehen von Caspars Stellung zu dem Magister, das Fuhrwerk jenem Herrn von Bestfeld gehörte, den wir als Schwager des Geistlichen kennen gelernt haben.

„Was, du bist's Caspar, und auf meines Schwagers Fuhrwerk?“ rief Siemann ganz verwundert aus, da er die Anlangenden erkannte. „Ich habe dich längst in G. gewohnt, mein Sohn — du hastest ja solche Eile, wieder nach Hause zu kommen,“ fügte er wohlwollend, ja nunmehr mit einem milden Lächeln hinzu. „Und jetzt bist du doch noch hier! Wo steckst und was treibst du denn, Bagabunde, der du bist?“

Es fehlte viel, daß sich in Caspars Zügen und Wesen die Teilnahme und Hochachtung ausgeprägt hätte, die wir bei der ersten Begegnung mit dem Geistlichen darin wahrnahmen. Der Mann schaute im Gegenteil, nach dem ersten Zucken der Ueberraschung über dies Zusammenreffen, so nüchtern und kühl aus, wie an jenem Morgen unter der Sturmweibe. Und genau ebenso klang auch seine Antwort, zu der er sich obendrein kaum recht Zeit ließ: „das ist eben, wie es ist, Herr Magister. Ich kriegte Gefährte in der Gegend und bin bis heut aufgegeben worden, wo mich Herr von Bestfeld sehr freundlich in die Stadt fahren ließ.“

Dem Pfarrer entging die veränderte Weise des vertrauten Mannes, der sich bei seinem letzten Wort bereits zu den anderen gesellte, welche die gebrochene Wäse notdürftig zu unterstützen suchten, keineswegs, ja sie schienen ihn ernstlich zu verdrießen und zu reizen. Denn seine Worte klangen so hart, ja fast ein wenig wegwerfend, da er verzogte ohne sich um die übrigen Zuhörer zu kümmern: „nun, mein Sohn, du brauchst mir gegenüber keine Winkelzüge zu machen. Ich weiß schon, was dich hier gefesselt hat, und ich glaube, andere wissen es auch.“

„Caspar richtete sich von der Wäse auf und begegnete dem Auge Siemanns mit kaltem, festem Blick: „Ich leugn' es auch nicht.“ sprach er, „daß ich nach Detlef ausgehauert habe. Ich sah ihn neulich im Gewittersturm abgelehrt und hatte Angst um ihn. Aber die Hauptfrage war, daß ich ihm sagte, wie nicht ich das Gerücht von der Brandstiftung, ausgebraut, sondern ihn von Anfang an in Schutz genommen habe, und wiederum, wie ich auch nicht die Gendarmen auf seine Spur brachte. Er soll mich nicht für einen schlechten Menschen und Kameraden halten.“

„Caspar Peers!“ fiel Siemann lebhaft ein.

„Es hilft nicht, Herr Magister, es muß schon gesagt werden,“ sprach Caspar unbeirrt und gleich kalt und bestimmt. „Ich leid's nicht, daß er ohne meine Schuld schlecht von mir denkt. Und da Herr von Bestfeld mir heut sagte, daß er sich gestellt hat und in der Custodie ist, so will ich ihm und mich zum Zeugen melden.“ Er heugte sich wieder zu seiner Arbeit.

„Na, da kann er sich gratulieren — das ist doch noch Freundschaft!“ sagte der Magister mit einem Hohn, der nur schlecht seine Gereiztheit verbarg.

Caspar Peers erwiderte nichts.

So weit sich die Wäse reparieren ließ, war das jetzt bald gesehen, da vier kräftige Männer tätig waren. Mein es war augenscheinlich genug, daß der Wagen, bei dem Mangel jedes rechten Materials, das Gewicht mehrerer Krassen schwerlich auf die Dauer ertragen würde und obendrein nur auf das langsamste und sehr spät bis Kollitz und zur Schmiede gelangen könnte.

Unter diesen Umständen muß ich schon mein Vorrecht auf meines Schwagers Wagen wahrnehmen,“ sagte der Magister in einer, man hätte denken mögen, hochmütigen Weise, „und Herr Caspar Peers wird sich bis zur Stadt wohl auf seine Füße verlassen. Müßte ich nicht nach Hause, so würde ich den Wunsch des Herrn Raths sogleich erfüllen und ebenfalls hineinfahren.“ fügte er zum Boten gemeldet hinzu. „Schriftliches kann ich Ihnen nicht mitgeben, lieber Mann; so machen Sie meinen Empfehl und melden, daß ich morgen, wo irgend möglich, pünktlich erscheinen würde.“ Und nachdem er Bestfelds Gefährt hatte umwenden lassen, gab er dem eigner Antzuges noch einige Anweisungen, stieg auf und fuhr — es war an dem feinen und milden Manne schier unerhört! — ohne einen Gruß von dannen.

„Mit dem und dir, Caspar, ist's aus und vorbei,“ bemerkte der Antzuges Siemanns grinsend.

„Das meißt ich,“ verzogte der Genannte mit aller möglichen Kaltblütigkeit. „Auch wenn eben sehen, wie ich's aushalte.“ Und Bündel und Stock zur Hand nehmend, fügte er gegen den Boten, der eben aufstieg, sich wendend hinzu: „wenn's nicht allzu sehr presiert, Herr Wißt, bleiben wir bei einander. Habe gern unterwegs Gesellschaft.“

(Fortsetzung folgt.)



Russland dauernd England ausgeliefert unsere Flotte auch von Osten her bedroht, unser Handel nach Russland vernichtet. Sind dagegen Livland und Estland unser, so können wir diese Herrschaftstellung einnehmen.

Diese Sätze, die nach Schraders Ausführungen mit den Zielen Deutsch-baltischer Gesellschaft in Einklang stehen — im Statut sind sie ja nicht enthalten — lauten ganz ähnlich wie die Reden in der Gründungsversammlung, die auch in unzweideutigen Annerkennungsabsichten ausklingen, im Amtsblatt merkwürdigerweise erst am Tage veröffentlicht wurden, nachdem der Beschluß des Bürgerausschusses gefaßt war, also sieben Wochen nachher. Wenn wir diese Zwecke propagieren, werden wir die wirtschaftlichen Beziehungen zu den baltischen Ländern gewiß nicht fördern, sondern schädigen und damit auch die Interessen der Arbeiter. Es wäre außerordentlich erwünscht, nachdem wir den Beschluß nicht mehr rückgängig machen können, daß die Bürgergesellschaft wenigstens die Propagandaschriften dieser Gesellschaft erhält, um urteilen zu können, wer recht hatte; ob sie im Einklang stehen mit dem, was in der Gründungsversammlung gesagt worden ist oder mit den harmlosen Bestimmungen des Statuts. Es ist hier weiter gesagt worden, daß gerade diese Ausgaben zu denjenigen gehören, die aus dem Fonds bestritten werden sollen. Als der Fonds geschaffen wurde, hat aber sicher nicht ein einziger daran gedacht, daß eine Summe für die Unterstützung politischer Organisationen verwendet werden soll. Wir würden uns mit aller Entschiedenheit dagegen gewandt haben. Der Herr Senatskommissar hat gesagt, daß im Bürgerausschuss der Beschluß mit allen gegen zwei Stimmen gefaßt worden ist. Das ist richtig, ich muß aber hinzufügen, daß bei dieser Beschlußfassung der Bürgerausschuss recht schwach besetzt war. Ein Teil der Forderungen hätte dagegen gestimmt, so glänzend ist es also nicht mit dem Votum des Bürgerausschusses bestellt. Für mich ist das aber nebensächlich. Wenn solche Mittel aus dem Staatsfiskus verwendet werden sollen, muß unter allen Umständen die Bürgergesellschaft gehört werden. Daß man sie in solchen Fällen ausschaltet, darf nicht mehr vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Senator Dr. Neumann erklärt, daß sich durchaus bewährt habe, wie Senat und Bürgerausschuss über den Fonds bestimmen. Was Deutschland und Lübeck nütze, darüber bestimme hier ein gesunder Sinn, der auch bei den 10 000 Mark sich gezeigt habe. Die Befreiung der baltischen Provinzen vom Zarenreich sei notwendig im Interesse der deutschen Wirtschaftsverhältnisse, sonst würde England die Oberherrschaft übernehmen. Der Staat würde keine Pflicht verletzt haben, wenn er hier nicht für Wahrung seiner Interessen eingetreten wäre. Es freue ihn, daß hier in der Bürgergesellschaft eine Aussprache darüber herbeigeführt sei.

Thiele erklärt seine Zustimmung zum Antrag von Löwig. Wir wünschen den Frieden und müssen alles vermeiden, was seiner Herbeiführung hinderlich sein kann.

Löwig: Der Senat gab seiner Freude Ausdruck, daß die Bürgergesellschaft Gelegenheit hätte, das Siegel unter den Beschluß des Bürgerausschusses zu setzen. Das hätte er leichter haben können, wenn der Senat der Bürgergesellschaft ihr verfassungsmäßiges Beratungs- und Beschließungsrecht eingeräumt hätte. Das ist ja gerade was ich wünschte, hier wie im Bürgerausschuss. Selbstverständlich würde ich auch dann den Antrag beipflichten haben, weil ich seinen Zweck nicht billige. Herr Senator Dr. Neumann hat recht hohe Töne angeschlagen. Ich verstehe nicht, daß die Pläne, die der Herr Senator anführt, in gewissen Kreisen der Entente bestehen, aber gibt es nicht auch in Deutschland Leute, die geradezu wahnwitzige Pläne propagieren, genau so wie bei der Entente? Wenn die deutschen Meere, wie ich wünsche, bei Kriegsausbruch freigegeben im Zarenland stehen, werden solche Pläne dieser Ententegegner nicht verwirklicht werden und dann braucht man solche Pläne auch hier nicht zu fürchten. Es ist ferner ausgeführt worden, es liege im Interesse Lübecks, daß die russisch-baltischen Provinzen vom russischen Reich befreit werden. Das ist ja sehr schön gesagt, aber die Beziehungen Lübecks zu diesen Provinzen standen in hoher Blüte, als diese Provinzen zum russischen Reich gehörten und als noch deutsche Kreise vor dem russischen Zaren im Staube lagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Krieg hat nun diese Anschauungen bei den früheren Bewunderern des Zaren geändert und ich freue mich, daß die Erkenntnis über die Kulturwidrigkeit der russischen Zarenherrschaft wenigstens jetzt gekommen ist. Wenn Sie diese russischen Provinzen vom Zarenreich losreißen, werden die wirtschaftlichen Interessen Lübecks nicht gefährdet, denn Sie nehmen den baltischen Häfen das gewaltige russische Hinterland, das für den Handel von größter Bedeutung ist. Wenn die Befreiungen der Deutsch-Baltischen Gesellschaft wirklich so ideal sind, wie hier betont wird, weshalb ist noch kein anderer deutscher Bundesstaat, keine andere deutsche Stadt dem Lübecker Beispiel gefolgt, weshalb müßte Lübeck vortreten? Von dem gesunden Sinn und dem gesunden Verständnis der Lübecker Bevölkerung erwartet Herr Senator Dr. Neumann, daß diese Befreiungen der Deutsch-Baltischen Gesellschaft ausgebreitet werden. Ich bin der gegenteiligen Ansicht. Die Mitglieder dieser Gesellschaft sind durchaus dieselben Personen, die in der all-deutschen Bewegung in Lübeck die Hauptrolle spielen. Die Befreiungen der Deutsch-Baltischen Gesellschaft bilden einen Teil der Kriegszielbestrebungen der Alldeutschen. Wenn Sie es für richtig halten, Mittel für politische Organisationen aus dem Fonds zu bewilligen, dann müssen aber auch diejenigen Vereinigungen unterstützt werden, die die Friedensbestrebungen fördern. Gerade die Eroberungspropaganda trägt überall dazu bei, das grauenvolle Massenmorden zu verlängern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Albers findet die deutsch-baltischen Ziele für richtig, gerät aber in Zweifelsfall mit dem Antrag Löwig, der eine gewisse Befreiung habe.

Dr. v. Broden erhebt die Zulässigkeit des Löwigschen Antrags nochmals zu prüfen.

Hauptlehrer Reimann verteidigt die deutsch-baltischen Ziele, niemals hätten Deutsche vor dem Zaren im Staube gelegen. Der Deutsche fürchte nur Gott und nicht den Zaren.

Dr. v. Benckendorff glaubt, in dem Antrag Löwigs nur eine Stellungnahme zu erblicken, um die Bürgergesellschaft zur Bekämpfung ihrer Ansicht zu treiben. Das Resultat habe sie nicht zu fürchten.

Löwig erinnert gegenüber der Behauptung Reimanns, deutsche Kreise hätten sich vor dem Zaren nicht gebeugt, an den Königsberger Prozeß, wo schwere Urteile gefällt wurden, weil man den Zaren etwas anstößig angesehen hatte. Auch deutsche Rechtsanwälte verlangten den Ausschluß eines Kollegen, der den Zarenherrschener Würzungen nannte, einen Zaren, der Kaufleute von Unschuldigen nach Sibirien sandte oder an den Galgen brachte. Reimann betonte dann nochmals, sein Antrag habe nur den Zweck, zu verhindern, daß die Bürgergesellschaft bei der Bewilligung von Geldern für solche Zwecke ausgehebelt werde.

Dimmer bespricht, daß die Mitglieder der Deutsch-Baltischen Gesellschaft mit dem Lübecker Senat nicht einverstanden seien.

Der Senatsantrag mit dem Jahresantrag Löwig wird abgelehnt, der Senatsantrag darauf unberührt angenommen.

Schulmerich kommt auf den Mangel an Kleinwohnungen zu sprechen. Er wünscht die nötigen Vorbereitungen, die dem Senat nicht allein überlassen werden dürften, damit zu rechter Zeit mit dem Bau begonnen werden könne. Reimann weist auf den diesbezüglichen Erlaß des preussischen Ministers hin, der dem Senat die Pflicht auflege, an der Peripherie der Städte gesunde Kleinwohnungen zu schaffen. Was in Preußen möglich sei, müsse auch in Lübeck durchführbar sein.

Senator Peters erklärt die angeführten Frage als sehr wichtig an. Dem Senat sei wohl bekannt, daß für die Entlastung des Kleinwohnungsbaues gehandelt werden müsse. Die Kleinwohnungsfrage sei gerade jetzt hier sehr ernst. Es sei möglich, daß möglichst viele Wohnungen geschaffen werden könnten, jedochfalls aber weitere Vorbereitungen getroffen werden. Das Unternehmertum werde man nicht mehr allein heranziehen dürfen, herausgerissen hier vor allem Baugenossenschaften. Wünschenswert sei es, daß die Bürgergesellschaft mit anderen Vereinen zusammen, auch ein Anhangsrecht werde man hoffen, das Erklärungsfrage.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Stellung unterbreicht das von Schulmerich Gelegte. Es sei absolut notwendig, daß wir uns der Frage des Kleinwohnungsbaues und der Erleichterung der Wohnungsnot annehmen. Aber eine Erleichterung der Bauordnung dürfe nicht stattfinden auf Kosten der Hygiene in Häusern, in denen nur Arbeiter wohnen. Das könnte zu Schritten führen, die wir später bitter bereuen würden. Er richte die Bitte an den Senat, daß neben den Maßnahmen für die Zukunft diejenigen zur Behebung der augenblicklichen Notlage nicht vergessen werden. Eine Kleinwohnungsnot herrsche hier jetzt in des Wortes vollster Bedeutung, sie drohe geradezu einen beängstigenden Umfang anzunehmen. Es müsse alles getan werden, um dieser Not zu steuern. Eine Reihe von Leuten, die zum 1. Oktober gefündigt seien, müßte heute noch nicht, wo sie hingehen solle. Unter allen Umständen müsse für diese Leute Wohnungsgelegenheit beschafft werden. Er würde es mit Freuden begrüßen, wenn hier eine beruhigende Erklärung abgegeben werden könnte.

- 4. Antrag: Vereinfachung von Mitteln für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges im Rechnungsjahre 1917.
- 5. Antrag: Umbau und Instandsetzung auf der ehemaligen Mütterischen Stelle in Summersdorf.
- 6. Antrag: Ausbau des Weges von Nüsse nach Panten. Werden ohne Debatte angenommen.
- 7. Antrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben der Betriebsbehörde für die Gaswerke und das Elektrizitätswerk im Rechnungsjahre 1916.

Albers hebt hervor, daß die Leute, die dem Rate auf Gasersparnis gefolgt sind, jetzt indirekt dafür gestraft werden sollen durch die Verordnung über die Einschränkung des Gasverbrauchs.

Hoff: Es ist vollkommen richtig, daß die Leute geschädigt werden, die im vorigen Jahr der Mahnung, sich einzufürchten, Folge leisteten. Die Verordnung wurde vom grünen Tisch ohne jede praktische Erfahrung gemacht. Dabei ist es noch die Frage, ob diese Verordnung überhaupt gesetzlich zulässig ist. Wir haben keinerlei Rat und Bürgerbeschlüsse die Preise festgelegt, wie kann da das Reich einen Aufschlag verlangen; es konnte höchstens Straßen festlegen. Man hätte besser getan, statt eine solche Verordnung zu erlassen, auf die Zeichen einzurufen, damit sie Kohlen liefern. Wie sollen sich die Leute denn weiter einrichten, wo Petroleum und Feuerung nicht vorhanden sind. Herr Sage gab ja Versprechungen, daß die Strafbestimmungen liberal gehandhabt würden, weil er selbst die Verordnung für unglücklich hält. Ich hoffe, daß dieses auch geschieht. Einzelne Leute mit Gasmessern wurde nämlich schon andeutend, daß nächsten eine Kostenrechnung wegen Zweifelsverbrauchs eingeholt werde. Ich hoffe, daß hier wenigstens zu Anfang milde verfahren wird. Die Feuerungsverordnung spricht wirklich aller praktischen Erfahrung Hohn. Schon im März stellte mein Freund Löwig bei der Budgetberatung den Antrag, eine Regelung der Versorgung in die Wege zu leiten, damit es im künftigen Winter nicht wieder wie vergangenes Jahr gehe. Auch der Bürgerausschuss nahm wiederholt Anträge über eine geregelte Kohlenversorgung an. Vom Senat hat man aber noch nichts darüber gehört, was denn geschehen soll. Die größte Hälfte der Bevölkerung hat noch nichts im Keller und der Winter steht vor der Tür. Von einer geregelten Feuerungsverordnung hat man bisher noch nichts gehört. Es wird höchste Zeit, daß der Senat die Lage endlich einmal klarstellt oder soll es erst so weit kommen, wie in anderen Städten. Will man denn hier erst leben, wie weit man die Geduld der Bevölkerung anspannen kann? Die zahlungsfähigen Kreise konnten sich meistens eindecken und die Minderbemittelten in der Hauptsache müssen jetzt die ungeheuren Kohlenpreise bezahlen. Man hat auch noch nichts davon gehört, ob Schritte wegen der nach dem Gesetz möglichen Ermäßigung der Kohlensteuer für die Minderbemittelten unternommen wurden, wie es ja auch ein Beschluß des Bürgerausschusses wollte. Es wäre Pflicht gewesen, diese Vergünstigung zu erlangen, wie es in Hamburg und anderen Orten geschehen ist. Das richtige Verständnis für die Stimmung der breiten Bevölkerung scheint in den regierenden Kreisen noch nicht vorzuherrschen. Die Kohlenpreise an sich sind viel mehr gestiegen worden, als die Steuer ausmacht. Vor dem 1. August kostete der Zentner 2,65 Mk., am 1. August, als noch kaum früherer Kofs da sein konnte, schon 3,25 Mk., es ist also eine Erhöhung eingetreten, die höher ist als vielleicht notwendig erscheinen konnte. Die Kohlenhändler haben ein gutes Geschäft gemacht, was besonders bemerkenswert ist, als die Preise hier besonders hoch sind. In Ronneburg kosten Brilleis 1,70, hier 2,50. Daß die Frucht per Zentner nach hier 80 Pf. mehr ausmacht, wird mir wohl kein Kohlenhändler erzählen. In Wilhelmshaven-Küstringen kostet der Kofs 2,60 und 2,50, hier 3,25 Mk. Was dort möglich ist, sollte auch bei uns unter großen Kohlenfirmen möglich sein. Ich bitte, doch endlich den wiederholt geäußerten Anträgen nachzugehen, damit die Beunruhigung nicht noch größer wird. (Beifall bei den Sozialdem.)

Senator Dr. Eichenberg bedauert, daß ihm von dieser Gelegenheit vorher keine Kenntnis gegeben sei. Der Senat habe sich mit all diesen Fragen beschäftigt.

Dr. v. Broden weiß auf die Verordnungen des Reichskommissars hin, die rechtlich nicht anzuzweifeln seien.

Kahrs weist auf die bevorstehende Einführung von Kohlenkarten hin, monach ist die Kleinwohnungen versorgt würden. Die hohen Preise jagt Reimann durch vermehrte Ausgaben zu rechtfertigen.

Thiele tritt ebenfalls für rasche Befreiung von Heizungsmaterial ein und wundert sich über die hohen Preise. Die alten Lager hätte man zu alten Preisen verkaufen müssen.

Jenne bedauert, daß bei dieser wichtigen Frage nicht die Betriebsbehörde vertreten ist. Eine Verordnung jage die andere. Nicht gegen die Gesetze zu verstoßen sei einfach unmöglich. Der Betriebsmann sei nicht berechtigt den erhöhten Preis zu fordern. Besser wäre es gewesen, man hätte vorher die Bürgergesellschaft befragt. Die Einschränkung der Straßenbeleuchtung im jetzigen Umfang sei trotz des Krieges in diesem Maße nicht gutzuheißen.

Senator Dr. Eichenberg bedauert auch hier, daß ihm vorher keine Mitteilung gemacht worden sei, sonst wäre ein Spezialkommissar angewendet.

Hoff: Der Senat müßte voransetzen, daß bei dieser Vorlage die Gas- und Kohlenfrage angeknüpft würde. In fast allen größeren Städten Preußens hätten deswegen heftige Debatten stattgefunden, da werde der Senat doch nicht annehmen, daß es hier glatt dahingehere werde. Die Bürgergesellschaft müßte Stellung nehmen, um für jeder einen Riegel vorzulegen. Ich habe mich darüber gefreut, daß der Senat erklärte, es seien Maßregeln getroffen, nur hat man in breiter Öffentlichkeit bisher noch nichts davon gemacht. Mittelmäßig sind 6 Monate vergangen, seitdem ein Antrag gestellt wurde und man konnte zur Ueberzeugung gelangen, daß alles seinen Gang gehen würde. Die Kohlenkarte begrüße ich; sie hätte aber viel früher kommen müssen, jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, ist es viel zu spät. Es wird wieder so kommen, daß viele Familien nicht beliefert werden können. Dazu haben die Zentner, die für den Kofs selbst holen müssen, obendrein dieselben Preise zu bezahlen wie diejenigen, die ihn ins Haus geliefert bekommen. Das ist eine ungerechtfertigte Bereicherung der Kohlenhändler. Eine Ermäßigung wäre ein einfacher Gebot der Anstandigkeit. Gegen die Straßenbeleuchtung will ich nichts sagen, denn diese Ersparnis kommt den Haushaltungen zugute. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Senator Peters ist überzeugt, daß keiner mit den Maßnahmen zufrieden ist. Die Straßenbeleuchtung könne man am ehesten ändern. Der Gasverbrauchsmann habe durch seine weitere Veranschaulichung eine Verbesserung erzielen wollen. Es sei noch nicht einmal jetzt, daß Lübeck die 80 Prozent früherer Kohlenlieferung erhalte. Demnach müsse jeder an Gas sparen.

Kahrs bespricht, die Vorräte der Kohlenhändler seien am 1. August sehr gering gewesen und zu alten Preisen verkauft worden. Bei ihm müßten die Kohlen von Kofs weniger bezahlten, er nehme an, daß dies auch bei den anderen Händlern der Fall sei.

Albers wünscht möglichst milde Anwendung der Verordnung. Betroffen würden doch meistens die Leute, die sparen müßten, weil die Gebausgaben sie dazu zwingen.

Vom Senatsrat wird Rückicht zugestanden.

Hoff wünscht, daß in dem angezogenen Beirat für die Feuerungsverordnung zum mindesten auch die Verbraucher vertreten sind und verlangt, daß denjenigen, die sich reichlich eingebedeckt haben, wenn nötig, wieder ein Teil abgenommen wird für diejenigen, die noch nichts haben. Denselben Preis von den Arbeiterfrauen zu verlangen, die den Kofs selbst holen, wie den ins Haus gelieferten, hält Reimann für ungerath.

Dr. Hartwig: Im Beirat sind drei Verbraucher vertreten. Kohlenkarten erhalten vorläufig nur solche Haushaltungen, die weniger als 5 Zentner im Hause haben.

Löwig bedauert, daß dem Bürgerausschuss angenommenen Anträgen keine praktische Folge gegeben wurde. Jetzt erst erfahre man, daß 5 Zentner Vorrat festgesetzt seien. Das habe er für eine große Unbilligkeit, die in der Bevölkerung großen Unwillen erzeuge. Sollte man vor Monaten Karten eingeführt, dann hätte jeder 10-20 Zentner bekommen können. Nun ist es fraglich, ob alle die 5 Zentner erhalten. So weit dürfte man es nicht kommen lassen, ein solches Verfahren zeige, daß man während der ganzen Kriegszeit nichts gelernt habe. Der Unwille der Bevölkerung werde immer erst zum höchsten gesteigert und dann komme man mit unzureichenden Mitteln.

Dr. Hartwig hält die ganze Verteilungsfrage für ungeheuer schwierig.

Jenne betont gleichfalls, die Regelung der ermäßigten Kohlenlieferung sei schwierig, sie sei auch im Beirat besprochen worden. Viel ist verärrmt. Jetzt handle es sich allerdings zuerst um die Frage, wie schafft man Kohlen her. Die Zufuhr sei gering, aber wenn ein Wille vorhanden sei, werde sich auch ein Weg für die Verteilung finden.

Thiele fragt, wie weit die Kartoffelangelegenheit gediehen sei.

Der Senatsantrag wird hierauf mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Fortsetzung der Beratung des Antrages Hoff: Die Bürgergesellschaft erhebt den Senat, veranlassen zu wollen, daß diejenigen Fußwege über die Felder, die dem Publikum nur wenig nützlich sind, zeitweilig gesperrt werden.

Hoff erklärt seinen Antrag für erledigt, nachdem ein Antrag Reimanns im Bürgerausschuss angenommen sei. Dieser Antrag müsse aber auch in die Tat umgesetzt werden.

Antrag von Dr. v. Broden und 49 weiteren Mitgliedern der Bürgergesellschaft: 1. Die Bürgergesellschaft ersucht den Senat, dem im Lübeckischen Staatsgebiet lebhaften Grundbesitz die Mithilfe des Staates zu gewähren, um nach dem Kriege die nötigen Hypothekengelder, besonders für zweite Hypotheken mit Amortisation anzubringen. 2. Zur Lösung dieser Aufgabe regt die Bürgergesellschaft an, die Zinsgarantie für das Anleihekapital einer gemeinnützigen Genossenschaft zu übernehmen, die auf Grund der beizulegenden Zahlung gegründet wird, sobald dieser Genossenschaft mindestens 50 Mitglieder beigetreten sind.

Dr. v. Broden betont, daß schon vor dem Kriege der häufigste Grundbesitz in schwieriger Lage gewesen sei. Mit der Beendigung des Krieges würden die Beschränkungen, die während des Krieges geschaffen wurden, wieder verschwinden. Deshalb müßten weitere Mittel geschaffen werden, um den Hypothekenmarkt zu beleben. Redner geht auf einzelne gangbare Wege ein, die nach seiner Ansicht zum Ziele führen könnten.

Stellung wünscht ebenfalls dringend Maßnahmen, es frage sich jedoch, ob der vorgeschlagene Weg der richtige sei. Es wäre aber ein großer Fehler, nur den lebhaften Grundbesitz zu- und die Neubauten auszuschließen. Die Beschaffung von Wohnungen dürfe nicht allein den Baugenossenschaften überlassen werden, der Staat müsse mit eingreifen. Hand in Hand damit habe ein gewisser Mieterzuschuß zu gehen. Im Laufe des Krieges habe man die Erfahrung gemacht, daß wir in Lübeck im Gegensatz zu anderen Städten eines Mieterzuschusses entbehren. Der Vermieter kann heute infolge der Wohnungsnot dem Mieter gegenüber Schrauben benutzen, die früher ohne weiteres mit Kündigung beantwortet worden wären. Jetzt kann man wenig dagegen unternehmen, will man nicht das Arbeitshaus zum Obdach wählen. Notwendig ist die Errichtung eines Wohnungsamtes, das ausgleichend wirkt und vernunftgemäß ausgebaut auch nach dem Kriege dem Mieter einen gewissen Schutz gewährt gegen Ausbeutung der Mieter. Das ist auch eine Pflicht des Staates.

v. Schaack ist der Ansicht, daß die Baugenossenschaften besser arbeiteten als der Staat. In Lübeck sei ein ganz kulanter Hausbesitz, der niemals rigoros vorgehe.

Stellung hält gegenüber dem Vorredner eine durchgreifende Wohnungsreform nach dem Kriege für notwendig. Die Wohnungsnot könne bei richtigem Anfassern behoben werden, aber der Staat werde sich mehr als bisher darum kümmern müssen, da die Baugenossenschaften kaum die Möglichkeit hätten, die Not zu beheben. Das Lob des Herrn von Schaack als Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins für letzteren berühre eigentümlich. Die Mieter dächten wesentlich anders. Gerade vom Haus- und Grundbesitzerverein seien die Mietersteigerungen ausgegangen. In kurzer Zeit werde das Einigungsamt mit Material dienen können. Ein Wohnungsamt müsse anders organisiert werden als ein Einigungsamt, es müsse auch bestimmte Befugnisse zugunsten der Mieter besitzen.

Thiele wünscht etwas für Mieterzuschuß unternommen und beweist dies an eigenem Beispiel, während er Stellung beipflichtet. Der Antrag wird dem Bürgerausschuss überwiesen.

Eingabe von W. Bromme und Frau Luise Jaedkat, betreffend Gewährung der Gleichberechtigung der Frau bei Ausübung aller Staatsbürgerlichen Rechte.

Auf Antrag Löwig wird die Eingabe verlesen. Er wünscht, das sie der gemeinsamen Kommission überwiesen wird. Bei dieser Gelegenheit spricht Reimann den Wunsch aus, daß die gemeinsame Kommission über diese Frauenrechtsfrage nicht leicht hinweggehe und der Eingabe entspreche. Ebenso hegt er den Wunsch, daß über Tätigkeit dieser gemeinsamen Kommission berichtet wird. Sie tage nun seit Monaten und die Öffentlichkeit erfahre von ihren Arbeiten nichts. Freilich seien die Verhandlungen vertraulich, doch sei es trotzdem erwünscht, daß von Zeit zu Zeit Berichte ausgegeben würden oder daß die Kommissionsmitglieder darüber berichten könnten. Sonst stehe eines Tages die Öffentlichkeit und die Bürgergesellschaft vor einer vollendeten Tatsache. Die Bürgergesellschaft und Presse sollte in den verschiedenen Stadien der Beratung ihre Meinung äußern können.

Schluß 9 Uhr 20 Min.

## Aus Nah und Fern.

Englische Vorzeichen gegen Wucherer. Blättermeldungen zufolge ordnete die Staatsanwaltschaft in Essen wegen unerlaubter Preissteigerung, also Wuchers, die Beschlagnahme der gesamten Warenbestände der Firma Schulte-Fischer in Bottrop an. Würde gegen Preistreiber und Wucherer überall und schon immer so wie hier vorgegangen sein, wir hätten bessere Zustände auf dem Warenmarkt als wir sie heute vorfinden.

Die Wuchererlöhne der Arbeiter. In der bekannten Fachzeitschrift „Die Buchdrucker“, die ein Blatt für die Buchdrucker, nicht etwa für die Arbeiter ist, fanden wir auf Seite 297 folgendes Inkritik:

Notleidender Buchdrucker (Familienvater), d. m. sein. tarifl. Lohn nebst Teuerungszulagen unmöglich auskommt, sucht einen Leierkasten preiswert zu kaufen, um sich damit nach Feierabend Heben und die n. n. zu verkaufen. Gef. Ang. unter S. K., Buchdrucker, Hannover, Kestnerstraße 24. Hjh. pt. erb.

Notleidender Buchdrucker (Familienvater), d. m. sein. tarifl. Lohn nebst Teuerungszulagen unmöglich auskommt, sucht einen Leierkasten preiswert zu kaufen, um sich damit nach Feierabend Heben und die n. n. zu verkaufen. Gef. Ang. unter S. K., Buchdrucker, Hannover, Kestnerstraße 24. Hjh. pt. erb.

Notleidender Buchdrucker (Familienvater), d. m. sein. tarifl. Lohn nebst Teuerungszulagen unmöglich auskommt, sucht einen Leierkasten preiswert zu kaufen, um sich damit nach Feierabend Heben und die n. n. zu verkaufen. Gef. Ang. unter S. K., Buchdrucker, Hannover, Kestnerstraße 24. Hjh. pt. erb.

Notleidender Buchdrucker (Familienvater), d. m. sein. tarifl. Lohn nebst Teuerungszulagen unmöglich auskommt, sucht einen Leierkasten preiswert zu kaufen, um sich damit nach Feierabend Heben und die n. n. zu verkaufen. Gef. Ang. unter S. K., Buchdrucker, Hannover, Kestnerstraße 24. Hjh. pt. erb.